

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmenpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung
60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn
80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Post-
leitzettel-Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mt., für 2 Monate 1.40 Mt.,
für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltenen Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf.,
für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet.
Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu be-
zahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer steht
9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Dresdner Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Eine Stunde vor der Entscheidung.

* Leipzig, 18. April.

Das Spiel vom Jahre 1891 wiederholt sich. Die erste Phase des Schlakampfes — die unvermeidliche Einleitung der Verfassungsrevision in der Kammer nähert sich dem entscheidenden Moment, und die klerikale Mehrheit sucht nun durch allerlei parlamentarische Kniffe den Hals aus der Schlinge zu ziehen. Sie versucht es erst, mit provisorischen Budgetbewilligungen usw. die Sache zu verschließen und hinauszuschieben, gestern warf sie sich plötzlich auf das entgegengesetzte Mittel und macht eine äußerste, letzte Anstrengung, um die Debatte über die Eröffnung der Verfassungsrevision zu erdrosseln und zu erstickern! Nur dem gewaltigsten Aufgebot revolutionärer Energie seitens der sozialistischen Abgeordneten war es gelungen, die alten Verbrenner im letzten Augenblick von ihrem gefährlichen Beginnen doch noch Abstand nehmen zu lassen. Sonst hätten wir bereits auf den Straßen Brüssel, als die einzige Antwort — einen regelrechten Bürgerkrieg.

Über die gestrige erschütternde Scene der Kammeröffnung bringt die Frankfurter Zeitung das folgende ausführliche Privattelegramm:

Brüssel, 17. April. Der erste Redner in der heutigen Sitzung ist der Bürgermeister von Gent, der liberale Abgeordnete Braun. Er schlägt eine Abstimmung über die Revisionsfrage für heute, spätestens für morgen vor. — Der Ministerpräsident de Smet de Naeyer nimmt den Vorschlag Braun's an und modifiziert ihn dahin, daß die Kammer heute so lange tagen soll, bis sie zur Abstimmung gelangt. (Die Sozialisten widersprechen, die Rechte klatschen.)

Vandervelde erklärt, daß Land erwarte mit Ungebulb ein Wort des Friedens, wie es der Genter Bürgermeister vorgeschlagen hat. Die Sozialisten wollen auch nicht die Verlängerung, aber sie wollen keinen Schluß der Kammer durch einen Gewaltstreich zulassen, da die Linke nicht einmal Zeit gehabt hat, sich zu verständigen. Die Sozialisten werden sich mit aller Gewalt widersetzen. Ihre Haltung ist eine tolle Provokation und Kriegserklärung an das Proletariat. Was immer der Ausgang des Kampfes ist, die 800 000 Streikenden werden die Bewunderung aller edlen Elemente der Bourgeoisie genießen. (Klatschen bei den Sozialisten.) — De Smet de Naeyer: „Die Kammer soll heute fünf Stunden sitzen.“ Er hält seinen Vorschlag aufrecht. (Die Rechte klatschen.) — Der Liberale Braun bemerkte, die Situation kann nicht dauern; er bittet die Regierung, entgegenkommend zu sein und einzustimmen, daß der Schluß erst morgen erfolgt.

Bertrand (Sozialist): Beernaert und Feron hätten gestern so lange reden dürfen, wie sie wollten; auch er wisse, daß die

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Ste.

Frau Bente saß am Nähtisch, nachdem Schultheiß sie verlassen hatte; ein nachdenklicher gequälter Ausdruck lag auf ihrem Antlitz. Sie seufzte tief — öffnete die Blätter des Tisches, nahm den Brief heraus und legte ihn mechanisch mehrmals wieder hin... Darauf begann sie raschlos hin und her zu wandern, die Hand in die Seite gepreßt, als empfinde sie dort drinnen einen körperlichen Schmerz.

„In einem schon vorgerückten stillen Sommerabend war es im Doktorhaus auf Elßäit, plötzlich lebendig geworden. Auf der Treppe und im Korridor lagen Matzen, Plaids und Stöcke. Herren und Damen in Sportsanzügen mit Wollstrümpfen und Bergschuhen trieben ihr Untwesen in allen Zimmern.“

Eine Touristengesellschaft — drei Damen und zwei Herren — hatte sich hier mit Fräulein Feiring Rendezvous gegeben, die schon vorher vom Vogt Preuß gekommen waren und jetzt unausgesetzt dem Doktor und seiner Frau zusetzte, um Minka mitnehmen zu dürfen. Man plante einen längeren Ausflug von drei, vier Tagen quer über die Waldwiesen. Dass Kiel mitging, war ganz selbstverständlich, für ihn hatte Thekla Feiring garantiert. Auf seiner großen Geschicklichkeit im Angeln berührte sogar die Aussicht auf gute Fische, die man hernach an einem großen Lagerfeuer zu braten gedachte.

Bürgergarde genug von den Unruhen hat, die die Regierung hervorruft; er kann höchstens zugeben, daß man am Samstag schließt. — Smeets (Sozialist): Falls die Regierung heute ein Wort des Friedens sagen wollte, würde nichts die Kammer hindern, heute noch zu schließen; nach einem Gewaltstreich, wie dem von der Regierung beabsichtigten, würde das Land morgen in Revolution sein.

Vandervelde spricht privat mit de Smet de Naeyer und beschwört ihn zum Nachgeben. Der Minister weigert sich, wie aus den Bewegungen Vandervelbes ersichtlich zu sein scheint.

Vandervelde erklärt, die Haltung der Regierung könne nur die Folge einer um 1 Uhr abgehaltenen Sitzung sein, auch die Linke müsse das Recht haben, in dieser furchtbaren Stunde zu beraten und schlägt eine Verzögung um eine Stunde vor. De Smet de Naeyer bekämpft auch diesen Vorschlag Vandervelbes. Smeets droht dem Minister mit den Fäusten. Feron: Die Kammer muß die Freiheit haben, die Verhandlungen zu schließen, wann sie will. Er sieht die Kammer an, noch Redner anzuhören. Man möge die Nacht über tagen. Die Sozialisten rufen: Und morgen. De Smet de Naeyer besticht auf seinem Plan, die Kammer heimzuschicken, bevor die Leute auf den Straßen es erwarten könnten. Wahrscheinlich glaubt er, so ein Unwetter auf den Straßen zu vermeiden.

Es folgt ein allgemeines Durcheinander. Voran schlägt vor, die Debatte über den Schluß der Diskussion bis 4 Uhr zu verlegen und den Minister vorher seine endgültige Antwort auf den Revisionsvorschlag entwickeln zu lassen.

De Smet de Naeyer gibt darauf eine Erklärung, doch ist er sehr schwer zu verstehen. Nicht die Frage des allgemeinen Stimmrechts, sagt er, steht in erster Reihe auf der Tagesordnung, sondern ob ein freies Land in Kammer und Presse seine Angelegenheiten einwideln soll oder durch Streik und Meetings. (Durchbare Ausregung.) Vandervelde schreit: Die Reaktionäre sind die schlimmsten Revolutionäre. De Smet: „Ihr fordert ein Wort des Friedens, die Regierung lehnt die Verantwortung für das furchtbare Elend ab, das aus dem Generalsatz folgen wird.“ Aus einem tiefen Gefühl für seine Verantwortung heraus bitte er die Kammer, den Antrag, die Verfassungsrevision in Betracht zu ziehen, abzulehnen.

Janson (radikal) richtet einen leichten Appell an die Regierung. „Ihr begeht ein furchtbares Verbrechen,“ ruft er mit gewaltiger Stimme, „alles Blut des kommenden Bürgerkriegs auf Euer Haupt.“ (Gewaltiger Beifallssturm bei den Sozialisten.) „Ihr seid blind, Ihr wisst nicht, was Ihr thut, sonst thätest Ihr es nicht.“ Er hofft, daß eines Tages die Arbeitermassen auch die Macht bekommen, ihr Recht zu erzwingen, da man es ihnen nicht giebt.

Janson fährt fort: Das allgemeine Stimmrecht sei keine

revolutionäre Forderung. Er wendet sich noch einmal mit gewaltiger Wehrkraft gegen das bestehende Mehrstimmenrecht. Gramme, der Erfinder der Dynamomaschine, habe nur eine Stimme gehabt, weil er vermögenslos war. Janson feiert in begeisterten Hymnen das liebe Volk und ruft den Sozialisten zu: „Fordert die Arbeiter auf, noch einige Tage auszuhalten, ruhig und ohne Gewaltthaten zu begehen. Die Sozialisten acclameren stürmisch.“ Ich spreche zum Lande, das oft meine Stimme erhört hat. Gewaltige Manifestationen für das allgemeine Stimmrecht haben stattgefunden, wo bleiben die Volksmassen, die dagegen demonstriert hätten? Noch niemals gab es einen so tiefen Konflikt zwischen der öffentlichen Meinung und der Majorität der Kammer. Die Auflösung der Kammer, welche die Liberalen vorgeschlagen, habe die klerikale Mehrheit vertrieben. Die Haltung der Regierung sei revolutionär, die Geschichte werde sie einst brandmarken, sie habe das Volk in Verzweiflung gestürzt. (Die ganze Linke klatscht Beifall.)

Der nächste Redner ist der Sozialist Mansart. Er entschuldigt sich, daß er als ein einfacher Arbeiter nach diesem gewaltigen Redner das Wort ergreife.

Während Mansart spricht, ziehen sich die sozialistischen und radikalen Führer zu einer Beratung zurück. Paul Hymans verhandelt mit dem Präsidenten privat, um zum Wort zu kommen.

Leider den Schluß der Sitzung liegt die folgende Meldung des Wolff-Bureaus vor:

Brüssel, 17. April. Repräsentantenkammer. Der Progrässist Janson hält eine längere Rede, in welcher er ausführt, die stellweise vorgekommenen Unruhen könnten der Haltung des Ministeriums nicht als Vorwand dienen. „Die überwiegende Mehrheit des Landes will die Revision der Verfassung. Wenn Sie, am Vorabend eines Bürgerkrieges, die Debatte abschneiden, begehen Sie ein nicht wieder gut zu machendes Verbrechen. Das Volk will die politische Gleichheit.“ (Stürmischer Beifall links.) Janson wendet sich zu den Sozialisten und ruft: „Fordern Sie Ihre Freunde auf, noch einige Tage lang öffentlich ihre Aktion fortzuführen und ich stehe für den Erfolg.“ Janson nimmt für die Arbeiter das Recht des Aufstandes in Anspruch, worauf sich ein lebhafte Wettgeschäft zwischen ihm und Woest von der Rechten entpünkt. Janson führt dann fort: „Das einzige vernünftige wäre, heute zu beschließen, daß die Revision in Erwägung gezogen werden soll. Die Haltung der Regierung wird unseren Institutionen verhängnisvoll werden. Das allgemeine Stimmrecht bedeutet gleiches Recht für alle Bürger, denn es wird ihnen für immer die Befriedigung geben, auf welche sie ein Recht haben. Wenn die Monarchie hier dem Ministerium in seinem unglaublichen Überstande folgen sollte, dann würde sie eine Verantwortung übernehmen, welche ich, ein Republikaner, ihr nicht wünsche.“

Früh am nächsten Morgen, noch vor Sonnenauftgang wollten sie aufbrechen, um später rasten zu können, wenn die Hitze im Laufe des Tages allzu unerträglich werden sollte. Thüren und Fenster waren geöffnet und ließen die von Heuduft geschwängerte Luft einströmen. Drinnen rauchte man Cigaretten und ruhte sich aus von den Strapazen des Tages.

Sjels überströmende Gastfreundschaft stellte das ganze Haus auf den Kopf. Die mitgebrachten Chorväter mussten untersucht und ergänzt werden, man holte her vor, was an delikaten Sommergerichten nur irgend aufzutreiben war — geräucherter Lachs, Spießfleisch, Schinken u. s. w.

Aber Vaters Cognac... den konnte er nicht empfehlen; lächelnd blinzelte er den beiden Herren zu. — der Aquavit, dagegen, der — .

Ein Boot zur Verfügung unten am Fischplatte — ein Pferd — man mußte ein Pferd haben, falls jemand unterwegs müde werden sollte und für das schwerste Gepäck — er würde schon für alles sorgen; er konnte ja hier im Distrikt über Leute und Arbeitspferde genug disponieren...

Das Käthi mit dem kurzen Klebebart und die sicheren, kurzen, laufmännischen Ausdrücke ließen erkennen, daß sie so glücklich gewesen, hier auf eine Art Protektor und Omnipotenz zu stoßen — ein Gemisch von plutoökonomischem Einfluß und großer Popularität.

Massi und Aunt rannten geschäftig und aufs höchste interessiert zwischen dem Fremden hin und her, mit denen sie sofort Bekanntschaft geschlossen.

Ab und zu zeigte sich auch der Doktor, der als gastfreier Wirt das Wort bald an den einen, bald an den anderen richtete. Seine Augen folgten mit eigentümlichem

Gesichtsausdruck und undurchdringlicher Haltung dem Cigarettenrauch, der in einer dichten Wolke über der Damengruppe lagerte.

Verha, mit ihrem gelben, auf dem Rücken baumelnden Kopf, ihrer runden Nase, ihren blauen Augen und ihrer schwächtigen dünnen Gestalt kam hier und da zum Vorschein. Sie wischte immer eifriger den Augen des dunklen, prächtigen Kandidaten Krefting aus, so daß dieser sich ihr zuletzt näherte, sie zu necken und auszufragen begann, gräßlich interessiert war und ihr zum Schluss erklärte, daß sie eine Knospe sei, die sich nächstens zur Rose entfalten würde...

Minka sah man weniger. Sie glitt ein und aus mit unruhig nervösem, gequältem Lächeln und gab sich den Anschein, als habe sie viel zu thun. Sollte sie mitgehen, dann gab es natürlich noch manches zu ordnen, die Ausstattung, der Anzug u. s. w.

Wie sie eben den Korridor entlang eilte, winkte ihr der Vater in der Thür des Studierzimmers.

Minka! — Komm einmal her!

Du hältst wohl große Lust, diese Löre mitzutunken, kann ich mir denken! — begann er, als sie eingetreten war.

„Ja, sehr große Lust, Vater; ich habe ja noch nie etwas mitgemacht.“

„Ich will Dir etwas sagen, meine liebe Minka — ja, wie kann ich mich gleich am besten ausdrücken, um Dich nicht allzu sehr zu betrüben. — Aber als Doktor, siehst Du, und als Dein Vater will ich Dir nicht verhehlen, daß Du meiner Ansicht nach nicht stark genug bist, einen soliden strapaziösen Marsch durch Wald und Feld auszuhalten... Mein, nein, mein Kind, ich will Dir damit nichts verbieten, — will nur, daß Du es selber einmal über

(Aufhalterer Befall ihres.) Der Kriegsminister Gouebant erhebt Einspruch gegen die Worte des Sozialisten Mansart, der gesagt hatte, daß die Regierung auf die Armee nicht zählen könne. Ministerpräsident de Smet de Naeyer erklärt sodann, wenn die Linke sich darüber einig sei, daß man heute abend bis 7 Uhr tage und morgen um 6 Uhr abends die Debatte schließe, so sei die Regierung zur Verhüllung der Gemüter bereit, ihren Antrag, schon heute zu schließen, zuzulassen. Vandervelde (Soz.) ist damit einverstanden. Die Kammer beschließt sodann, heute nur bis 5½ Uhr zu tagen und morgen um 6 Uhr abends die Veratung zu schließen. Für diesen Vorschlag stimmen die Rechte, die liberale Linke, und die Sozialistische Vandervelde, Ansele, Bertrand und Antoine Delpoer. Dann wird die Sitzung aufgehoben. So wird denn heute die Entscheidung erfolgen. Entweder beschließt die Kammer, die Revision der Verfassung zu eröffnen. Dann haben wir bereits den halben Sieg errungen. Oder sie verwirkt die Revision, dann — antwortet das belgische Volk durch einen Appell an das oberste Argument — an das heilige Recht der Revolution. Und dann ist der Sieg wieder unser. Die Regierung hat die Wahl zu treffen. Heute abend fallen die Würfel!

Politische Übersicht.

Die Rebellion im Barenreiche.

Von unserem >>> Korrespondenten erhalten wir das folgende Telegramm:

Im Kreise Borowst, Gouvernement Woronesch, revoltieren mehrere Tausend Bauern. Die Infanterie wurde vertrieben, von Charkow ist Kavallerie abgegangen.

Nach der akademischen Jugend und der industriellen Arbeiterschaft erscheint also nun auch der russische Bauer auf dem Platz! Nicht als ob diese Nachricht auf eine bewußte politische Manifestation der Bauernschaft im Woronescher Gouvernement schließen ließe. Im Gegenteil, es ist von vornherein nach der ganzen Lage der Dinge eher anzunehmen, daß es sich zu gegebenen Fall vielmehr um eine planlose Revolte aus Anlaß irgend welcher lokaler Ereignisse, vielleicht gewaltsamer Stenenerhebungen, oder der Folgen der Missernte und des Hungers handelt, wie solche Menterien in Russland seit Jahren nichts Neues sind.

Aber heute, vereint mit den sonstigen ausgesprochen politischen Rundgebungen in den Städten, erhalten auch diese russischen Zünfte unter der Bauernschaft eine ganz andere Bedeutung, als sie ehemals hatten. Heute kommen sie als willkommene moralische Unterstützung für die kämpfenden südbaltischen Proletarier und als ein neuer Faktor der Demoralisation, der Verwirrung im Lager des Absolutismus.

Der Knall der rückenden Revolvergeschüsse, das donnerartige Gröllen der proletarischen Straßendemonstrationen, die Gehorsamsverweigerung der befahlhabenden Armeecoffiziere ganzer Regimenter und nun auch noch die Bauernunterkreise — wahrhaftig, es ist der starken Eindrücke nachgerade genug für gesunde Nerven als die der russischen Herrscherbande. Bald dürfte das alte Wort wahr werden und der zweiköpfige Adler sich an einem seiner Köpfe vor Schreck erhängen.

Einzelnus vom Kriegsschauplatz.

Wolfs Telegraphenbüro meldet:

Brüssel, 17. April. Der Senat berät die Vorlage betreffend die Billigung der provisorischen Kredite. Die Opposition beantragt, nur ein provisorisches Zwölftel zu bewilligen; dieser Antrag wird jedoch abgelehnt. Hanrez (Progressif) erklärte, da er sein Vertrauen zu der Regierung habe, werde er gegen die Vorlage stimmen. Der Minister des Innern erwidert, die Ruhe sei schwer gefördert, die Regierung habe das Recht und die Pflicht, sie wiederherzustellen. Die Mitglieder der Kammern würden in den Strahlen überfallen, überall sänden Dynamitexplosionen statt (die natürlich von Lockschüssen à la Pourbaix ausgeführt werden!). Die Republik; die Revolution werde terroristisch (stimmt nämlich durch die Genossen und Polizisten). Die Republik, hunderte von Revolvergeschüßen seien abgegeben, Polizeibeamte und Gendarmen seien getötet worden, die Regierung habe andere Pflichten zu erfüllen, als Interpellationen zu beantworten. Die Regierung bringe den heldenhafsten Opfern ihres Bernes ihre Huldigung dar. Alle Behörden hätten ihre Pflicht erfüllt und dazu beigetragen, einer der Civilisation zu überlauenden Lage ein Ende zu machen. Die Opposition widerspricht den Ausführungen des Ministers. Sodann werden die provisorischen Kredite mit 57 gegen 6 Stimmen, bei 33 Stimmenabstimmungen, genehmigt.

Never den Stand des Massenstreiks berichtet dasselbe Bureau:

„Ich sehe den Fall, Du könntest plötzlich nicht weiter und müßtest drinnen im Walde liegen bleiben!“ „Oh Vater, ich weiß ganz bestimmt, daß ich das nicht tun würde. Eher noch werde ich frank — wenn ich keine Erlaubnis bekomme,“ segte sie unter plötzlich hervorbrechenden Thränen hinzu.

„Du wirst sie ja bekommen,“ schrie er, aber dann begann er wieder: „Hör einmal, Minka — wenn — wenn . . . denk daran, daß ich Dir nicht zürnen würde, Dich auch nicht zwingen will, aber wenn Du die Tour aufgibst, dann sollst Du zu Deinem achtzehnten Geburtstage eine goldene Uhr haben — und eine hübsche Kette,“ fügte er schnell hinzu, als er bemerkte, daß Minkas Miene ein Nein ausdrückte.

Sie sah ihn fest an; ihr Antlitz war bleich.

„Nein, nein, Vater,“ rief sie außer sich. „Verbietet Du es mir, dann werde ich zu Hause bleiben; aber für Gold gebe ich es nicht auf.“

„Na, na, ja, ja — so brauchst Du es ja nicht aufzufassen. — Du weißt, ich verbiete Dir nichts. — Aber es war meine Pflicht, Dich an Deine nicht allzu robuste Genuindheit zu erinnern . . . So, so, — so, so. — Ja, das war alles, was ich Dir zu sagen hatte, Minka. Ist Deine Mutter damit einverstanden, dann sage ich auch nicht nein, weißt Du wohl. — — — So — o, nur lasst nur nicht den Kopf hängen, Kind . . . Über nimmt Dich etwas in acht vor diesen beiden Gedanken — diesen beiden Karl-Johann-Löwen.* Du bist ja ein vernünftiges Mädchen — und es ist nicht gesagt, daß sie so viel Lebens-

* „Karl-Johann“ ist eine vornehme Straße in Christiania.
Der Uebers.

Brüssel, 17. April. Der Ausschuss in Brüssel und der näheren Umgebung ist fast ganz beendet. Melbungen aus der Provinz besagen, daß die Zahl der Ausländer im Gebiet von Charleroi 70000, in Mechelen 10000 und im Gebiete des unteren Lausen der Sambre 10000 betrage. Die Diamantschleifer in Antwerpen haben ihren gestrigen Beschuß, heute in den Ausschuss zu treten, nicht ausgeführt.

Diese Nachrichten sind offenbar ganz erlogen oder verdeckt, denn gleichzeitig lesen wir die Erklärung Vandervelde in der Kammer, daß sich 300000 Arbeiter im Ausland befinden. (Die höchste bis jetzt in Belgien erreichte Zahl! Im April 1898 stiegen 250000.) Eine Privatmeldung des Vorwärts schätzt die Ausländer sogar auf 311000.

Auf die Zunahme der Streikbewegung weist auch ein anderes Telegramm Wolfs:

Lüttich, 17. April. In Herstal haben 2000 Mann die Arbeit wieder aufgenommen. Trotzdem hat die Zahl der feiernden Arbeiter im Bassin Lüttich noch zugenommen. Sie beträgt gegenwärtig 40000. Bei Verviers hat sich der Ausschuss auf alle umliegenden Ortschaften ausgedehnt.

Das Bureau Hirsch meldet:

In der gestrigen Versammlung im Volkshaus erklärte Senator Lafontaine, die Regierung wolle am Abend bleiben, selbst wenn sie das Volk massakrieren möchte. Haßt die Regierung nicht nachgebe, sei es am König, Abhilfe zu schaffen. Vandervelde teilte mit, daß von allen Seiten Unterstützungen für die Ausländer einträfen. Entsprechend der Lage müsse der König entweder Pontius Pilatus werden, der jetzt über die Unruhen die Hände in Unschuld wasche, oder Schiedsrichter zwischen den Parteien sein. Von seinem Eintreten hängt es ab, welche Meinung das Volk für die Republik fasse.

Für die Haltung der Liberalen sind folgende Privatmelbungen der Frankfurter Zeitung charakteristisch:

Brüssel, 17. April, 4.32 nachm. Obgleich Hymans sich ausschließt, ist ein Teil der liberalen Abgeordneten, wie Lorand mir sagt, entschlossen, sich an den König zu wenden. — Hymans wird nicht sprechen, und er erklärt den sozialistischen Journalisten: „Eure Sache ist verloren, geht nach Hawa.“

Brüssel, 17. April, 4.34 nachm. Die Union Syndicale von Brüssel, das ist die Handelskammer, ist, wie ich höre, diesen Augenblick verkommen, um eine Ablenkung beim König und Intervention desselben im Sinne der Kammerauflösung im Interesse von Handel und Industrie zu verlangen.

Mit anderen Worten, die Herren Bourgeois wollen durch den Abbruch der jehigen Kammerverhandlungen und die Neuwahlen die Entscheidung mit bewährter „liberaler“ Taktik hinauszögern.

Wir wissen nicht, bezweifeln aber, daß Hymans zu seinen Unterstützern irgend welchen Grund hat. Solange die Volksmasse auf der Straße steht, zu allem bereit, kann die Sache nicht verloren, sie kann höchstens verzögert sein. Allein, sollten die weißen Medaillen des liberalen Freunds auch in eiserner Maße Recht behalten, so wäre davon nur ein einziger Umstand schuld: der Umstand nämlich, daß unsere belgischen Führer durch zu große Rücksichtnahme auf ihre Hasenfüße von bürgerlichen Alliierten die höchste Energieauswübung und Entschlossenheit der Arbeitermasse gedämpft und so den richtigen Moment zum Dreinschlagen vielleicht verpaßt haben.

Doch wir hoffen noch auf das Beste! Nur noch wenige Stunden Geduld. Das Proletariat der ganzen Welt wartet mit klopfernden Fäusten auf die Nachricht.

Was uns die nächste Stunde auch bringt, einige Stunden später Erwartungen, einige solche Stunden, in denen die träge, bedächtig trippelnde alte Dame — Geschichte plötzlich von gewaltiger Kraft angepevt mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts rast, sind langer Jahre wert.

Es ist doch eine Lust zu leben!

Der Vorwärts teilt mit, daß der Parteivorstand der Deutschen Sozialdemokratie 10000 Mk. an die belgischen Genossen übermittelte ließ. Die deutschen Genossen werden allerorten zu Sammlungen aufgefordert.

Die Leipziger Arbeiterschaft hat bereits ihre Schuldigkeit gelohnt und die erste Rate von 1000 Franken mit einem Sympathietelegramm nach Brüssel gesandt. Siehe den Bericht von der gestrigen Versammlung.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 17. April. Der Reichstag erledigte heute die §§ 78a—90 der Seemannsordnung. Es handelt sich dabei hauptsächlich um das Koalitionsrecht der Seeleute sowie um die Disciplinar- und Strafbestimmungen an Bord.

art besiegen. — — — Ja, nun weißt Du alles, was ich Dir sagen wollte. — Ich dachte nur, eine goldene Uhr hätte Dir noch mehr Freude gemacht.“

„Du willst sie also mitgehen lassen?“ rief der Doktor mit heissem Kopf zur Schloßzimmerschlüsse herein, wo Frau Bente saß und an dem Touristenkleide nähte.

„Können wir wohl anders, Du?“

„Ah, ich begreife nichts mehr — absolut nichts mehr. Früher würde ein solches Laufen in Wald und Feld mit fremden Mannsleuten ein junges Mädchen in den Mund der Leute gebracht — ihren Ruf verdorben haben, sage ich Dir!“ Frau Baarwig hob mit einem Ruck ihren Kopf von der Näharbeit in die Höhe:

„Ich bin sicher, mir hätte es nur gut gethan, wenn man mir in meiner Jugend etwas mehr Freiheit gegeben.“

„Ja Dir, Bente“ —

„Ich war gewiß genau so, wie andere Mädchen... Wir gingen umher wie eine Herde Schafe. Folgsame und unfolgsame, waren wir allzusammen Gänse, ohne jegliche Erfahrung, die man mit absurdem Ideen über das Leben vollpustete. Als wir älter wurden, mußten wir umlernen.“

„Naht es sich für ein ordentliches Mädchen, so mit allerhand Begleitung im Walde herumzufahren? Glaubst Du, irgend ein anständiger Mann würde solch eine Herumstreiferin nehmen?“

„Man denkt jetzt anders über Bergleichen, Baarwig, ich glaube, manch ein Mann würde das thun. Sieh nur einmal Hiel mit Thekla Feiring.“

(Fortsetzung folgt.)

Zu der Kommission waren auf Veranlassung des Centrums zwei neue Paragraphen 78a und 78b in den Gesetzentwurf aufgenommen worden, die den Seeleuten für den Außenhandel an Land eine scheinbare Koalitionsfreiheit gewähren wollten. Die Kommissionsfassung stellt, indem sie nicht nur die Bestimmungen des § 152 der Gewerbeordnung auf die Seeleute anwendet, sondern diese gleichzeitig mit den Ausnahmestimmungen des § 153 beglückt will, wieder ein Beispiel jener sozialpolitischen Laiheit und Halbheit dar, in der besonders das Centrum groß ist. Unsere Genossen charakterisierten dies halbe Koalitionsrecht von Centrums Gnaden mit Recht als einen rein dekorativ wirkenden Fortschritt und stellen im Gegensatz dazu Anträge, die ein wirkliches Recht der Seeleute auf Zusammenschluß zum Zwecke der Erlangung besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse gewährleisten sollten. Der reaktionären Rechten freilich ging selbst das bestehende Maß sozialer Freiheit, das die Kommission den Seeleuten bewilligt hatte, noch zu weit. Sie erblickten darin eine „Störung des sozialen Friedens und der Disciplin“ und machten mit schönerer Offenherigkeit denn je ihren arbeiterfeindlichen Wellenungen Lust. Der konservative Herr Metzlich erklärte rund heraus, daß Koalitionsrecht vorsei nur für Arbeiter mit kurzer Kündigungsfrist. Die Kommissionsanträge wurden schließlich abgelehnt.

Die folgenden Paragraphen behandeln die zum Teil wirklich drastischen Strafbestimmungen, mit denen die Seeleute bei „gröblicher Verleugnung der Dienstpflicht“, bei Gehorsamsverweigerung und in anderen Fällen bedacht werden. Vergleichbar machen unsere Genossen immer von neuem den Versuch, auch hier den Seeleuten eine weniger rigorose und den modernen Anschauungen von dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr entsprechende Behandlung zu sichern. Die Wehrheit war nicht zu bewegen, auch nur in einem Punkte den Vorstellungen unserer Genossen Mehler, Schwarz-Weber, Dr. Herzfeld und Wolkenbuhr nachzugeben und so gelangten denn überall die Vorschläge der Kommission zur Annahme. Nur beim § 88 wurde auf unseren Antrag ein für die soziale Auffassung der Arbeitnehmer bezeichnender Ausdruck aus dem Gesetz ausgemerzt; der Paragraph trifft Strafbestimmungen für diejenigen Seeleute, die nach Abschluß des Generavertrages sich verborgen halten oder „entlaufen“. Diese aus den Herrschaften des Sklaven- oder Hund-Daseins entnommene Bezeichnung wurde durch das Wort „entweichen“ ersetzt.

Am Freitag geht die Beratung weiter. Die außerdem auf der Tagesordnung stehenden Gesetzesvorschüsse betr. die Serviceklassen und den fliegenden Gerichtsstand der Presse dürfen kaum schon an die Reihe kommen.

Aus dem preußischen Landtag.

H. Berlin, 17. April. Endlich hat das Abgeordnetenhaus die zweite Lesung des Etats beendet. Der noch nicht erledigte Teil des Extraordinariums des Eisenbahnenstaats ist noch eine längere principielle Erörterung aus Anlaß einiger Petitionen von Städten hervor, die die Einsetzung einer Behörde zur Wahrung der öffentlichen Interessen gegenüber der Eisenbahnverwaltung forderten. Obgleich eine solche Behörde zweifellos nötig erscheint, da heute der Eisenbahnmüller in Streitfragen sein eigener Richter und zugleich die höchste Beschwerdeinstanz ist, hatte die Budgetkommission Nebergang zur Tagesordnung beantragt. Es gelang jedoch der Linken, diesen Antrag vorsichtig hinauszuschieben und die Zurückverweisung der Petitionen an die Kommission durchzuführen.

Unter Zustimmung des Ministers nahm das Haus den Antrag Fünf (fr. Vp.) und Genossen an, wonach die Regierung dem Hause regelmäßig Mitteilung zu kommen lassen soll über die zur weiteren Erhöhung der Betriebssicherheit getroffenen Maßnahmen.

Zum übrigen verlor sich die Beratung des Eisenbahnstaats wieder in Einzelheiten. Hervorzuheben ist nur das Verlangen des Abg. v. Werder (kons.), die Warteplätze dritter Klasse von denen vierter Klasse überall zu trennen. Es wäre ja auch jammerschade, wenn die Klassenunterschiede ausgemerzt würden.

Ohne Debatte nahm das Haus das Etatsgesetz mit den Zulennungsparagraphen und eine Reihe kleinerer Vorlagen an; dagegen überwies es die Vorlage betr. die Gebühren der Medizinalbeamten an die Budgetkommission.

Am Freitag stehen kleinere Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Belaugene Richter.

Die Verhandlung gegen Marten und Hiel vor dem Oberkriegsgericht in Gumbinnen begann gestern mit einem interessanten Vorspiel. Nachdem der Vorsitzende, Oberlieutenant Herkut v. Rohden, den Angeklagten die Namen der Mitglieder des Gerichtshofes vorgelesen und ihnen bemerkt hatte, daß sie berechtigt seien, einen Richter wegen Verorghnis der Gefangenheit abzulehnen, erklärte der Angeklagte Hiel, er lehne den Oberkriegsgerichtsrat Scheer und den Kriegsgerichtsrat Dr. Möller wegen Verorghnis der Gefangenheit ab. Ersterer habe die vorige Verhandlung geleitet, in der sein Schwager Marten zum Tode verurteilt worden sei, und Kriegsgerichtsrat Dr. Möller habe das Urteil geschrieben. Beide Herren seien außerdem Berater des Gerichtsherrn betreffs seiner (Hiel's) Geschwider Verhaftung gewesen, und endlich habe Scheer geäußert, er werde dies mal auch ihn — Hiel — verurteilen. Er berufe sich hierüber auf das eidliche Zeugnis von Scheer und Dr. Möller und auf dasjenige des Staatsanwalts Trütger-Zisterburg.

Der Staatsanwalt Oberkriegsgerichtsrat Meyer erklärte, daß nicht die genannten Herren, sondern er der Berater des Gerichtsherrn in betreff der Wiederverhaftung Hiel's war. Hiel erklärte: „Dann lasse ich diesen Grund fallen, halte aber die anderen aufrecht.“ Der Gerichtshof zog sich zur Verhandlung zurück.

Nach fast zweistündigiger Verhandlung betrat der Gerichtshof wieder den Saal. Bevor der Leiter der Verhandlung den Beschluss des Gerichtshofes verkündet, erklärte Marten, er schließe sich dem Ablehnungsantrage seines Schwagers Hiel an. Weiter erklärte er noch auf Befragen, er berufe sich auf das Zeugnis des Staatsanwalts Trütger, daß Scheer gesagt habe, er werde dazu beitragen, daß er (Marten) diesmal wieder verurteilt werde. Oberkriegsgerichtsrat Scheer verkündete hierauf, der Gerichtshof habe den Ablehnungsantrag Hiel's für zulässig erachtet. Auch der Antrag Marten wurde vom Gericht, das sich zu dessen Beratung nochmals zurückzog, für zulässig erklärt. Daraufhin wurde die Verhandlung auf heute verlegt.

Nach fast zweistündigiger Verhandlung betrat der Gerichtshof wieder den Saal. Bevor der Leiter der Verhandlung den Beschluss des Gerichtshofes verkündet, erklärte Marten, er schließe sich dem Ablehnungsantrage seines Schwagers Hiel an. Weiter erklärte er noch auf Befragen, er berufe sich auf das Zeugnis des Staatsanwalts Trütger, daß Scheer gesagt habe, er werde dazu beitragen, daß er (Marten) diesmal wieder verurteilt werde. Oberkriegsgerichtsrat Scheer verkündete hierauf, der Gerichtshof habe den Ablehnungsantrag Hiel's für zulässig erachtet. Auch der Antrag Marten wurde vom Gericht, das sich zu dessen Beratung nochmals zurückzog, für zulässig erklärt. Daraufhin wurde die Verhandlung auf heute verlegt.

Das Gericht hat mit der Annahme des Antrags auf Ablehnung zweier Richter kundgegeben, daß es den Einwand der Angeklagten gegen die Unbefangenheit dieser Richter als begründet erachtet hat. Die Thatache, daß diese Neuherungen gefallen sind, kann also als gerichtlich nicht gestellt gelten. Die Angeklagten haben es wohl nur einem besonders günstigen Zufall zu danken, daß diese Neuherungen zur gerichtlichen Feststellung gelangen konnten. Wäre ihnen dieser Zufall nicht zu Hilfe gekommen, so wären sie von zwei Richtern abgeurteilt worden, für die das Schuldig von Anfang an feststand und die Verhandlung nur eine pure Farce war. Es liegt gewiß keine ungehörige Verallgemeinerung darin, wenn man aus der Thatache, daß diese Neuherungen ganz unbefangen im Kreise der Herren Kollegen von der Militärjustiz gefallen sind und dann wohl auch zur Verhügung der Herren Offiziere weiter folgten worden sind, gewisse Schlüsse auf die mindestens sehr eigenartige Auffassung macht, die diese Herren von ihrer richterlichen Funktion haben.

Chronik der Majestätsbeleidigungssprozesse.

In Elberfeld wurde gestern in dem Prozeß gegen den Verlagsbuchhändler Wiemann wegen Beleidigung des Kaisers von Österreich ein freisprechendes Urteil gesetzt. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

* Berlin, 18. April. Der Bundesrat hat in seiner ersten Sitzung die Vorlage betreffend den Entwurf einer Verordnung wegen landesrechtlicher Anwendung des Reichsgesetzes über Unfallsfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes vom 18. Juni 1901 in Elsfeld-Volbringen den zuständigen Ausschüssen überreicht, den Ausschusserbericht betreffend die Erweiterung des Freibetriebs in Bremen und dessen Umwandlung in ein Bollauschlusgebiet genehmigt und dem Ausschusserbericht betreffend den Entwurf eines Gesetzes über den Gehörsatztarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal die Zustimmung erteilt.

Die Deutsche Tageszeitung erfaßt aus parlamentarischen Kreisen, es bestehne die Absicht, den Reichstag vor dem Himmelfahrtfest auf 4–5 Wochen zu vertagen, dann ihn zu einer kurzen etwa zweiwöchigen Sitzung zusammenzutreten zu lassen und nachher wieder ihn bis zum Herbst zu vertagen. Die Zwischenpause soll von der Kommission dazu benutzt werden, um vor der zweiten Sitzung des Bolltariffs mit den Parteien zu verhandeln.

Amt der Nationalzeitung sieht der dem Reichstag demnächst zugehende Gesetzentwurf wegen Regelung des Dienstverhältnisses im Handelsgewerbe den Anschluß von Sondergerichten für Kaufmännische Angestellte an die Amtsgerichte vor.

Nach der Nationalzeitung wird im preußischen Abgeordnetenhaus angenommen, daß die Tagung des Landtags bis Mitte Juni dannt.

Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat, nachdem eine Eisenbahndirektion angenommen hatte, daß außerhalb des Beamtenverhältnisses auch künftig weibliche Personen im Kaufleid beschäftigt werden dürfen, diese Annahme als ungutstellbar bezeichnet. Weibliche Personen sind allgemein von der Beschäftigung im Kaufleid für die Staatsseisenbahnverwaltung ausgeschlossen.

Die neuerliche Erklärung Posadowsky's in der Bollkommission, daß die Regierung nicht nötig habe, vor Beendigung der ersten Sitzung bindende Erfahrungen abzugeben, hat den Mut und die Hoffnung der Agrarier wieder schwanken gemacht. Für Posadowsky war es vielleicht die höchste Zeit, sein Nomencum bei den Agrariern wieder etwas zu rehabilitieren; in den letzten Tagen habe ihn die blinderliche Presse bereits auf die Liste der „Agenten des Auslands“ gesetzt, und der edle Graf war mit rüstiger Rüpelhaftigkeit angerempelt worden. Jetzt behandelte die Agrarier ihn plötzlich wieder mit grinsender Liebenswürdigkeit, und nur der unentwegte Herr Dertel ist so unhöflich, daß er die Neuherungen des Grafen in Zukunft überhaupt nicht mehr ernst nehmen will. Im übrigen aber sind die Akten der Verständigungsdokumente an der agrarischen Börse wieder gesiegelt, und insbesondere fühlen sich die Centrumsparteien in dieser Atmosphäre der diplomatischen Widerprüche so wohl, daß sie bereits gewillt sind, wie Herr Dertel ihnen heute mit dem Motto aufstreicht, unter Verzichtsleistung auf die Reichstagsabläufe für die Bolltarifkommission eine Extralebhaft zu braten und dieser Anwesenheitsgelderei zu bewilligen. Alles, was agrarische Neigungen hat, möchte die augenblickliche günstige Konjunktur ausnutzen; selbst der trockige Dertel findet jetzt, daß „unter allen Umständen die Möglichkeit einer solchen Verständigung gesucht werden muß“. Man kann den Eifer der Herren begreifen, daß günstige Bild, daß die Verhandlungen in diesem Moment bieten, wenigstens agitatorisch auszuschlagen. Morgen sieht vielleicht der Himmel wieder anders aus, und Posadowsky zeigt wieder sein Negativergesicht.

Specialitäten für die Bolltarifkommission! Eine parlamentarische Korrespondenz weiß zu berichten, daß im Bundesrat der Antrag auf Diktaten für die Bolltarifkommission bereits fix und fertig liegt und daß die Regierung nur darum noch nicht mit dem Antrag herausdrückt, weil sie über die Aufnahme dieses Specialgesetzes im Reichstag noch nicht sicher ist. Die Regierung hat die letzten Tage dazu benutzt, um ihre Führer um den Fraktionen auszustrecken, und siehe da! das Centrum zeigte das übliche realpolitische Verständnis für die Lage und versteckt sich nicht darauf, seine Zustimmung zu der Vorlage von der Gewährung allgemeiner Reichstagsabläufe abhängig zu machen und erbot sich, die parlamentarische Mehrheit zur Annahme des Specialgesetzes zu garantieren. Auch fehlt nicht die schützende reservatorische Mentalität (Gewissensvorbehalt) des Centrums, daß ja der Bundesrat doch später gezwungen sein werde, allgemeine Diktaten zu bewilligen, um den Bolltarif durch die zweite und dritte Sitzung im Plenum zu bringen. Diese Haltung des Centrums in der Diktatenfrage ist ein weiterer schämenswerter Beleg für die politische Grundsabschlechtigkeit dieser Partei. Es wäre vielleicht an der Zeit, daß sich bald ein moderner Begriff finde, der für das Centrum eine parlamentarische Kapitulation verlassen würde. Ein Material könnte es ihm nicht fehlen.

Die Volksfreundlichkeit der agrarischen Mehrheit der Bolltarifkommission ist arg verlaufen worden. Von edler Regung ergriffen gab sie gestern dem sozialdemokratischen Antrag auf Bollfreiheit für Heringe ihre Zustimmung. — Der Proletarier-Kaviar (Heringssrogen) soll also verbilligt werden. Das ist prob gehandelt, dieser Edelmut röhrt uns!

Aber noch mehr: Um zu beweisen, daß die Armen entlastet, die Reichen mehr belastet werden müssen, beschloß die Kommission, den Kaviar der Reichen (wirklichen Kaviar) mit einem Zoll von 300 Mt. pro Doppelcentner (Entwurf: 150 Mt.)

zu belegen. Nun wage noch einer zu sagen, die Mehrheit hätte kein Herz für die Armen! Wie wird die zollfreundliche Presse diesem großmütigen Zug der Heringsbefreier ihre Anerkennung zollen! Wir, die wir das Volk bei billigem Brot und Fleisch schwelgen lassen wollen, müssen uns verkriechen vor den edelmütigen Agrarien, die ihm durch Verbilligung der Heringe die Kartoffeln mit dieser Busweise schmackhafter machen wollen.

Es steht aber noch zu hoffen, daß die Herren sich die Tragweite dieser heringserlösenden That bis zur 2. oder 3. Lesung — falls es zu einer solchen kommt — noch überlegen und die voraußichtliche Heringsschwere durch eine Rückgängigmachung ihres Beschlusses verhindern. Sie werden das umso mehr, als auch der Staatssekretär Graf Posadowsky ungefähr zehn Minuten nach der Feststellung jenes folgenschweren Beschlusses sich besonnen hatte, welche Wirkung dieser haben werde. Die deutsche Seefischerei müßte ja zu Grunde gehen, wenn der Heringszoll steife. Das will auch der Aermste des deutschen Reiches gewiß nicht, darum mahnte der Staatssekretär eindringlich zu nochmaliger „erster“ Prüfung dieses Beschlusses in einem späteren Stadium der Beratung. Und kommt dann: die Mehrheit zu der Ansicht, daß der Heringszoll beibehalten werden muß, dann wird man immer noch anstreben müssen, welch edler Regungen für das Volkes Wohl sie fähig ist. Leider sind eben oft Verhältnisse mächtiger, als einzelne oder ganze Gruppen von Menschen, und solch übermäßige Verhältnisse werden wohl auch — die Zollvermehrheit erdrücken. Dann adieu, Heringssfreiheit!

Aus den staatlichen Musterwerkstätten. Seitdem in den staatlichen Werkstätten die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt ist, erhalten bekanntlich die Arbeiter für drei Wochen im Monat eine „Abhängenzahlung“ und in der vierten Woche nach genauer Berechnung festgestellten Mehrbetrag als Nachschuß ausgezahlt. In diesen Tagen erfuhr nun, wie dem Spandauer Anzeiger mitgeteilt wird, die Arbeiter der Artilleriewerkstatt eine unangenehme Überraschung. Schon des Vormittags war unter den Arbeitern das Gerücht verbreitet, daß die diesmalige Nachschußzahlung, die gestern fällig war, nicht stattfinden werde. Auf eine Nachfrage bei den Rechnungsbeamten wurde dann festgestellt, daß der Nachschuß diesmal tatsächlich nicht gezahlt werden könnte, da die Berechnungen nicht fertig geworden wären. Der Arbeiter kreditiert so wie jedem Unternehmer seine Arbeit und jetzt findet diese in ihm noch einen „stümmeren Schuldner“!

Die Brandenburger Zeitung registriert noch folgende Meldung: Vor kurzem wurden in dem Feuerwerks-Laboratorium der Spandauer Staats-Werkstätten nochmals ca. 200 Arbeiter gefündigt. Die Zahl der Gefündigten in der Geschützgießerei allein beträgt ca. 460, die der dort Entlassenen 106! In diesem Institut war bereits eine weitere Massenkündigung vorgesehen, und zwar sollten diesmal Arbeiter mit einer Dienstzeit bis zu 15 Jahren daran glauben. Es scheint aber, als wenn von „oben“ Gegenorder gegeben worden ist, denn einstweilen unterbleibt diese Kündigung.

k.w. Aus Hessen. 17. April. Er will es nicht gewesen sein — der Freiherr v. Heyl nämlich, der seinen Arbeitern das Lesen der Wormser Volkszeitung verbietet. Dies sei unvorbildlich, so telegraphiert er an das Offenbacher Abendblatt, das den Boykott des Wormser Blattes erst einem längeren Artikel des Leipziger selbst entnommen hat. Auffällig ist dabei noch, daß dieses Blatt selbst nach einer Verjährigung des edlen Freiherrn aufweist. In seinem Telegramm erklärt auch Herr v. Heyl, daß sein Großvater weder ein kleiner noch großer Bauer gewesen und daß es seine Arbeiter nur als Schmähung empfunden hätten, daß diesem seine Plattenarbeiten vorgeworfen würden. Dann kommt es wohl schließlich darauf hinaus, daß die Arbeiter sich „freiwillig“ die Verpflichtung auferlegt hätten, die „Schmälbüll“ nicht mehr zu lesen. Möglich, aber kaum wahrscheinlich, denn wie kann denn sonst der Zeitungsagent der Wormser Volkszeitung dazu, seinen Posten aufzugeben unter der Motivierung, daß das Lesen der Zeitung unter den Arbeitern der Fabrik bei sofortiger Entlassung verboten sei und er selbst bei Heyl zwei Söhne arbeiten habe. Die Wormser Volkszeitung wird wohl dieses eigentümliche Telegramm noch etwas näher unter die Lupe nehmen.

)(München, 17. April. Die gestrige Kundgebung des Ministeriums bezüglich des Katechetenparagraphen im Entwurf zum Schuldotationsgesetz beantwortete in der heiligen Kommission die ultramontane Mehrheitspartei. Das Centrum befürte, daß sein Antrag eine Verfassungänderung darstelle und bleibt davon bestehen, daß der Artikel in das Gesetz hineinkommt. Der Kultusminister erwiderte, die Regierung könne von ihrer Meinung nicht abgehen und fügte noch hinzu, die Annahme des Antrags könne nur mit der für Verfassungsgesetze gegen geschriebenen Zweidrittel-Mehrheit geschehen. Das Centrum beachte jedoch diesen Einwand nicht, sondern beschloß zunächst gegen die Stimmen der gesamten Linken, es komme eine Verfassungänderung nicht in Betracht. Darauf wurde in namentlicher Abstimmung der vielumstrittene Artikel mit 80 gegen 62 Stimmen in das Gesetz aufgenommen. Die Reichskanzler wird ihn natürlich wieder hinauswerfen und damit wird sich das Centrum wohl schließlich auch — natürlich unter entsprechendem Protestgeschrei — einverstanden erklären müssen, um das ganze Gesetz nicht zu gefährden. Es hat sich auch schon eine Brücke zum Rückzug gebaut, indem es erklärt, der Antrag befoge nicht die weittragende Bedeutung, die man ihm auf der gegnerischen Seite beigelegt.

Schweiz.

Die Verhaftung Vertonis.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Mit Bezug auf Ihre Glossen zur Verhaftung Vertonis, die übrigens seither wieder rückgängig gemacht wurde, gestatten Sie mir folgendes zu belegen:

Ein Kurzüberschreiben des Bundesrats liegt in dieser Thatache wohl nicht. Das Dienstagabend erschienene Blattbuch ist in einem so entschiedenen Tone gehalten, daß man seine Freude daran haben kann. Ob diese Stiefnäsigkeit anhält, ist eine andere Frage; unwahrscheinlich ist es nicht, daß ein konservativer Mann (der Entlebucher Dr. Zemp) gegenwärtig Bundespräsident ist und nicht einer der geübten radikalsten Diplomaten. Schließlich hat ja aber freilich das Kollegium zu entscheiden.

Die Arbeiterschaft der Schweiz hat ein großes Interesse daran, daß der Konflikt möglichst bald gütlich und zu Gunsten der Schweiz entschieden wird. Geschichtlich ist es nicht, so werden wir eine „nationale Erhebung“ erleben wie beim Neuenburger Handel 1857, und dieses Aufkommen des Chauvinismus wird unserer Partei und Sache naturnah am schwersten schaden. Den Vorteil wird zunächst der Militarismus dabei haben, der

auch bei uns immer üppiger ins Kraut schiebt, und in zweiter Linie die politische Polizei, die dann erst recht wieder dem beschränkten Unterthanenverstand als eine dringende Notwendigkeit erscheint. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft thut daher alles, um den Konflikt nicht zu verschärfen. In Bern wollten die italienischen Sozialisten eine Demonstration gegen die italienische Polizei veranstalten; Genosse Moor (Verner Tagwacht) veranlaßte sie, von ihrem Vorhaben abzustehen. Dieser Vertoni hätte, wenn er Lockspiegel wäre — er ist es freilich nicht —, nichts Illusionäres thun können, als im gegenwärtigen Augenblick anarchistische Propaganda zu treiben und zwar — unter italienischen Arbeitern in der Schweiz. Das Vorgehen des Bundesrats gegen Vertoni ist verfassungsmäßig nicht vollständig korrekt, aber es war trotzdem bis zu einem gewissen Grade berechtigt und ist jedenfalls erklärlich. Daß es ein Zurückweichen gegenüber Italien bedeutet, glaube ich, wie gesagt, nicht.

Niederlande.

Die arme Kleine!

Die Königin Wilhelmine ist sehr krank, ihre Temperatur soll 40 Grad erreicht haben. Über den Charakter der Krankheit ist nichts Näheres bekannt, denn auch die leiblichen Zustände gekrönter Personen sind bekanntlich ein wichtiges Staatsgeheimnis. Der zärtliche Gatte weicht nicht vom Lager der Königin.

Frankreich.

Gesetz Millerand-Gollard.

Das Gesetz Millerand-Gollard hat nun auch Gegner unter den eigenen Mitbürgern gefunden. Der Abgeordnete Charles Ferry richtete an Millerand ein Schreiben, worin er ihn aufforderte, die Anwendung des Gesetzes zu unterbrechen. Millerand antwortete in einem Schreiben vom 11. d. M., daß er nicht nur davon absehen wolle, die Anwendung des Gesetzes zu unterbrechen, sondern für dessen sorgsame Ausführung sener energisch einzutreten würde. Die Lehrlingsfrage scheint es dem Abgeordneten Ferry, der als Vizepräsident der Arbeitskommission regen Anteil an dem Zustandekommen des Gesetzes genommen hatte, besonders angeht zu haben. Millerand macht Ferry darauf aufmerksam, daß das Gesetz von 1851, auf das sich Ferry beruft und welches das Lehrlingswesen ordnet, mit dem Gesetz von 1900 sich nicht berührt, da letzteres nur die Beschränkung der Arbeitszeit regelt. Millerand schreibt noch, er habe bereits dem „oberen“ Arbeitsrat die Frage der Reform des Gesetzes vom 22. Februar 1851 vorgelegt.

Russland.

Das hohe Militär und die revolutionäre Bewegung.

xxx Die revolutionäre Bewegung in Russland zählt unter ihren Kämpfern auch eine ganze Reihe von Männern aus dem Militär. Angefangen von dem Dekabristenaufstand im Jahre 1825 bis heutigen Tages, hat die Teilnahme an Offizierskreisen an dem Freiheitskampf nicht aufgehört. Besonders stark war diese in den 70er Jahren, mit der eingetretenen Stille in der Bewegung in den 90er Jahren schienen auch alle Beziehungen zwischen diesen und dem revolutionären Russland unterbrochen zu sein. Die letzten Ereignisse haben gezeigt, daß zwischen beiden sich eine neue Annäherung anbahnt. Über die Stimmung in dem Offizierscorps des Leibkorpsregiments in Petersburg, die die Regierung davon Abstand zu nehmen zwang, das Regiment gegen die Demonstration zu verwenden, haben wir schon berichtet. Neuesten, aus sicheren Quellen stammenden Informationen nach, haben auch die Offiziere des Semenowischen Regiments gleichfalls ihren Unwillen über die Verwendung bei Niederknüttelung von wehlosen Menschen geäußert. Das Kiewer Komitee der revolutionär-sozialistischen Partei erfährt nun mehr, daß auch die Offiziere der Kiewer Garnison sich dem Protest angegeschlossen haben. Sie richten an den Kommandanten des Militärbezirks das Gesuch, sie von der Erfüllung von Polizeipflichten bei Strafexekutionen zu befreien, da die Garnison durch solche Ananspruchnahme demoralisiert werde.

In Sewastopol hat man unter den Matrosen der Kriegsflotte eine organisierte revolutionäre Propaganda entdeckt. Die Gendarmerie bemühte sich lange Zeit, der Ausgangsstelle der Propaganda auf die Spur zu kommen. Die Matrosen lasen fleißig die Schrift Tolstoi's: Der Brief an einen Feldwebel und andere verbotene Broschüren, die Verbündeten wußten das und trockten fast aus der Haut: überall in den Kasernen, auf den Schiffen nahm man Durchsuchungen vor, die Soldaten wurden fast jeden Tag einer Leibesvisitation unterworfen, alles blieb fruchtlos. Ein reiner Zufall brachte es, daß in der Stabskanzlei einer der Stabschreiber beim Drucken einer Proklamation erwischt wurde. In den Räumlichkeiten des Stabs wurde nun eine gründliche Revision vorgenommen, bei der eine Menge revolutionärer Broschüren und Flugblätter zum Vorschein kamen. Die Jäger, die hier entdeckt wurden, ermöglichten noch zwei andere Verstecke auszuheben, es wurden mehrere verbotene Schriften auf einem der Kriegsschiffe und in der Kanzlei der 34. Equipe aufgefunden. In der Affaire sollen auch einige Offiziere verwickelt sein.

Nachträglich teilt noch die Petersburger Organisation mit, daß während der Demonstration am 16. März an der katholischen Kirche unter den Demonstranten auch ein Offizier gewesen ist. Augenzeugen bestätigen dies, sie haben gesehen, wie er von den Polizisten geschlagen und ins Gefängnis übergeführt worden ist.

Die vorstehenden Mitteilungen unseres Korrespondenten, wie überhaupt die neuesten Meldungen über die Opposition in den russischen Militärkreisen, dürfen unseren Lesern nicht überroffen oder unglaublich vorkommen. Diese Symptome sind zwar anderer Natur als die analogen Erscheinungen in Belgien. Hier handelt es sich um die Masse der Soldaten selbst, die zum großen Teil sozialistische Arbeiter sind. In Russland äußert sich der oppositionelle Geist vorwiegend unter den Offizieren, und zwar unter denen aus dem hohen und höchsten Adel. Gerade der gebildete Teil der adeligen Jugend, der durch seinen Verkehr in höchsten Beamten, zum Teil in Hofkreisen die Misere des absolutistischen Regimes, die Nichtswürdigkeit und die Schurkereien der Minister und ihrer ganzen Sphäre aus nächster Nähe kennt, wird dadurch häufig in wirklicher Weise zur Verachtung für das zaristische System, sowie durch die Hede des Armeeliebens im Frieden zum Nachdenken und zur inneren Analyse geführt. Die jüngsten Ereignisse könnten unter diesen Umständen nicht umhin, als ein Anstoß für die besseren Offizierslemente zu dienen.

Hierzu zwei Beilagen und die Romanbeilage.

Bitte genau auf Firma, Nur ein Preis sowie auf Nr. 3 zu achten!

Neu-Eröffnung!

Heute Freitag 5 Uhr nachmittags
Johannisplatz Nr. 3.

Nur ein Preis!



Jedes Paar
Herren- u. Damen-Stiefel 7 25

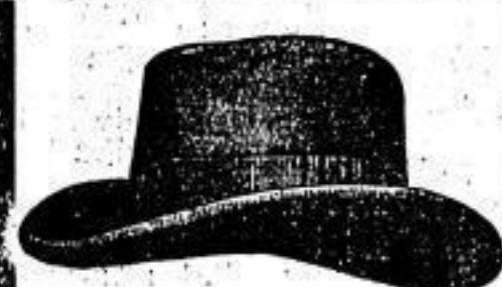
auch Goodyear-Weltschuhe aus Chevrealu-,
Kalb-, Boxcalf- und Lackleder.

7 25
Mk.

Zweites Geschäft:
Hainstrasse, Ecke Brühl.
Alfred Fränkel

Inhaber der Mödlinger Schuhfabrik, Mödling bei Wien.

Neu eröffnet
27 Katharinenstraße 27 Wiener Hut-Mode



Specialität: Jeder Hut 2.60 Mk.

Moderne Haarsilzhüte
in grösster Auswahl zu staunend
billigen Preisen

nur
27 Katharinenstr. 27

Gohliser Möbelhalle v. Herm. Fontius

Aeus. Hallestr. 106 L.-Gohlis Aeus. Hallestr. 106
anerkannt leistungsfähigste Möbelbezugsquelle, liefert ganze Wohnungs-Ein-
richtungen wie einzelne Möbelstücke in dauerhafter, solider Ausführung zu
äußerst unheimlichen Preisen seit 10 Stunden im Umkreis von Leipzig.

Für Brautleute ganz besonders zu empfehlen.

Preislisten portofrei. [2196] Preislisten portofrei.

Monats-Garderobe
10 Alle Herren
können sich höchst elegant
und sehr billig kleiden. Neue und
wenig getragene Anzüge, Frack,
Hosen, Frühjahr-Paletots,
Gesellschafts-Anzüge, und leichtweile-
10 Schal, Große Fleischergasse, zu einem 10
Goldene Krone, zu kaufen.
Bitte n. mit Kl. Fleischergasse zu verwechseln.

Schnellsohlerei mit Dampfbetrieb
Münzgasse 7. Schuh-Filialeen
mit Leders- und Gummisohlen billig.
Herrensoh. u. Absatzsohle v. M. 1.90 an.

Leipzigs grösstes und billigstes
Gebrüder Rockmann

Jah.
Gottfr. Fühne

Centrale: L.-Reudnitz
Dresdener Str. 75, parterre,
I. u. II. Etage.
Straßen-Haltestelle: Reudnitzer Depot.
Fernsprecher: Nr. 4202.

Leipzig
Tauchaer Str. 1, Ecke Gartenstr.
direkt neben dem Kristallpalast.

L.-Schönefeld
Leipziger Str. 127, vis-à-vis der
Fabrik von Berger u. Wirth.

Leipzig
Zeltzer Strasse 24a, Ecke
Sidonienstrasse.
(Inhaber: Bruno Hildebrandt)
Fernsprecher: Nr. 3428.

Herren-Rock- u. Gehrock-Anzüge
von M. 10.— bis 40.—
Eleg. Neuheiten in farbigen Rock-
Anzügen von M. 25.— bis 40.—

Neuheiten
in
Herren-
Jackett-Anzügen
in den feinsten schwar-
zen, brauen, schwarzen u.
blauen Farben
von M. 10 1/2 bis 22.—
höchst elegante
v. M. 24.— bis 42.—

Neuheiten
in Sommer-Paletots
von M. 7 1/2 bis 24.—
höchst elegante
von M. 25.— bis 30.—
Engl. Sport-Paletots
und Raglans
von M. 16 1/2 bis 30.—
Gummi-Paletots
u. Raglans.

Neuheiten
in elegante farbigen
Herren-
Jackett-Anzügen
von M. 12.— bis 25.—
höchst elegante
von M. 26.— bis 30.—
Strenge moderne
Farben.

Zum Schulbeginn!
Enorme Auswahl in Knaben-An-
zügen für die Schule, in eleganten
hochgeschlossenen und offenen Fagots
von M. 21/2, an.
Radfahrerhosen v. M. 3 1/2 an. Sweaters.

Radfahrer-Anzüge von M. 8 1/2 bis 26.—

Bayer. u. Tiroler Loden-Artikel
garantiert imprägniert wasserfest,
Havelocks v. 7 1/2, Joppen v. 2 1/2 M. an.
Neuheit! „Spessart-Pelerinen-Rad“ 12.— M.

Special-Abschaffung:
Anzüge, Paletots und Blaufelder ic. für extra vornehme und
für schlanke Herren in bedeutender Auswahl.

Bon: Bitte ausschneiden!
Vorzeigen dieses gewähren wir
Ihr unsrer enorm billigen Preise. 10 0 Rabatt.

Arbeiter-Garderoben für jeden Beruf!
zu den niedrigsten Fabrikpreisen.
Arbeitskleidung für eintretende Lehrlinge.

Beinkleider
in apartesten Neuheiten
von M. 2 1/2 bis 15.—

Westen
in Plaqué und Seide
von M. 2 1/2 bis 12.—

Abteilung A:
Anzüge nach Maß von 45 bis 65 M.
Sommerüberzieher nach Maß „ 35 bis 48 M.
Blaufelder nach Maß „ 12 bis 18 M.

Abteilung B:
Anzüge nach Maß von 24 bis 42 M.
Sommerüberzieher nach Maß „ 17 bis 36 M.
Blaufelder nach Maß „ 5 1/2 bis 13 M.

Unbedingte Garantie
des Gütes!

Anfertigung nach Mass.

Wächsten Sonntag (zur Messe) sind unsere Geschäftshäuser von vorm. 11 bis abends 9 Uhr geöffnet.

1. Beilage zu Nr. 88 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 18. April 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Großbritannien.

Ausnahmestand in Irland. — Eine Tripolis-Expedition?

London, 17. April. Die Dublin Gazette veröffentlichte gestern abend eine Proklamation des Lord-Lieutenants von Irland, nach welcher für einen großen Teil Irlands die Bestimmungen der Strafprozeßordnung in Kraft gesetzt werden, welche sich auf Special-Courts, auf das Recht, Angeklagte den Gerichten der Distrikte, wo die Strafhaft begangen wurde, zu entziehen und auf das abgelaufene Gerichtsvorfahren beziehen. Die Proklamation soll sofort in Kraft treten, das abgeschaffte Gerichtsvorfahren soll nur in gewissen Distrikten angewendet werden, wo die vereinigte irische Liga thätig ist.

Die Proklamation richtet sich gegen neun Grafschaften, in denen die Agitation der Liga am thätigsten ist. Das wichtigste Ergebnis der Proklamation ist, daß sie den Verhören das Recht giebt, die Liga in diesen Distrikten als "gefährliche Vereinigung" zu unterdrücken.

In der Kammer wurde die Regierung von dem Nationalisten O'Kelly befragt, ob sie etwas über die vermutlich von Italien geplante Expedition nach Tripolis aussagen könne. Wie in solchen Fällen üblich, hat Cranborne natürlich geantwortet, sein Name sei Hase und er wisse von gar nichts.

Schweden.

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht.

Der außerordentliche Parteikongress der Sozialdemokratie Schwedens, der vom 10. bis zum 18. April in Stockholm tagte, war einschließlich des Parteivorstandes von 154 Delegierten aus allen Teilen des Landes besucht. Das Hauptresultat der Verhandlungen, die unter Ausschluß der Presseöffentlichkeit geführt wurden, ist die nachstehende Resolution:

Ungeachtet einer Situation, wo Schwedens Regierung und Reichstag offenbar noch einmal beabsichtigt, die Wahlrechtsfrage hinauszuschieben oder zu verschieben, diese Lebensfrage der ganzen schwedischen Nation, hat der Kongress Kenntnis genommen von der Untersuchung, die unter den organisierten Arbeitern über die hinreichende Anwendung außerordentlicher Maßnahmen herrschende Stimmung veranlaßt wurde, sowie von dem Resultat, das die Sammlung für den Generalstreikfonds bisher ergeben hat. Gestützt hierauf beschließt der Kongress, da wahrscheinlich noch stärkere Maßnahmen erforderlich sind, damit das Volk voll und ganz sein Recht erhält, daß fortwährend eine energische Rüstung für einen umfassenden Generalstreik betrieben werden soll, teils durch Einsammlungen zum Generalstreikfonds und teils durch weitere Stärkung und Ausbau der Arbeiterorganisationen. Aber für den Augenblick empfiehlt der Kongress Schwedens Arbeitern sowie allen anderen an der Lösung der Wahlrechtsfrage interessierten Bürgern, daß sie durch immer neue Versammlungen und Demonstrationen den Machthabern deutlicher als je zeigen, daß die Arbeiterklasse es seit hat, noch länger auf daß ihr immer wieder vorenthalte Münzgerecht zu warten. — Diese Volksdemonstrationen, die von den Vorständen der Arbeiterkommissionen angeordnet und geleitet werden sollen, haben am Sonntag den 20. April zu beginnen und sind danach mindestens an jedem Sonntag zu wiederholen, bis das Gutachten des Konstitutionsausschusses über die Wahlrechtsfrage bekannt ist. — Der 1. Mai soll in diesem Jahr mit Rücksicht auf die alles überragende Bedeutung der Wahlrechtsfrage für Schwedens Arbeiter überall als Feiertag begangen werden und ganz bei Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht gewidmet werden. Sobald der Konstitutionsausschuss sich geäußert hat, werden die Demonstrationen jeden Abend veranstaltet. Wenn der Reichstag mit den Verhandlungen über die Wahlrechtsfrage beginnt, sollen die Demonstrationen an allen Orten, wo das möglich ist, in größter Ausdehnung durch Arbeitsniederlegung erweitert werden, vor allem in Städten und größeren Industriezentren, sowie im übrigen an allen Orten, wo eine solche Arbeitsniederlegung Erfolg verspricht. — Der Kongress empfiehlt den Arbeitern, sich überall in den gesetzlichen Grenzen zu halten. Hierdurch erwartet der Kongress, daß diese berichtigten, friedlichen Demonstrationen nicht unbefugt verhindert oder traktiert werden und betont ausdrücklich, daß die Behörden in solchem Fall verantwortlich sind. Um diese Volks-

bewegung im Einverständnis mit dem Parteiausschuß zu organisieren, wählte der Kongress ein Komitee von fünf Personen. Der Kongress spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die organisierten Arbeiter, im Bewußtsein der Bedeutung und Wichtigkeit, die die Lösung dieser Frage nicht nur für sie selbst, sondern auch für die ganze Nation hat, nun all die Macht entfalten, über die sie verfügen, um diese Maßnahmen den Machthabern gegenüber so wirkungsvoll wie möglich zu machen.

Der Kongress sandte ein Glückwunschtelegramm an die belgische Arbeiterpartei anlässlich des Wahlrechtskampfes der Arbeiter Belgien.

Eine großartige Demonstrationsversammlung fand am Sonntag nachmittag in der Nähe Stockholms am Villans-Walde statt. Die Teilnehmerzahl wird auf 12 000 bis 15 000 geschätzt. Nach Schluß der Versammlung zog die Menge unter Gesang und Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht durch die Stadt nach dem Volkshaus. Hier wurde wiederum gefeiert, wurden Hochrufe auf das Wahlrecht ausgebracht und Reden gehalten. Die Polizei war im allgemeinen während des ganzen Verlaufs der Demonstration sehr zurückhaltend, erst als die Menge sich am Volkshaus anstößte, wurden 4 Personen verhaftet, wovon 2 jedoch sofort wieder freigelassen wurden.

Der Sozialdemokratische Jugendklub hatte am Sonntagvormittag eine außerordentlich zahlreich besuchte Demonstrationsversammlung im Volkshause veranstaltet.

Wie aus Malmö gemeldet wird, sind dort am Montag die vom Kongress zur點kkehrenden Delegierten von einer sehr großen Menschenmenge, deren Stoffzahl auf ca. 1000 angegeben wird, empfangen und nach dem dortigen Volkshaus begleitet worden. Von den Festsälen des Volkshauses aus wurden Ansprachen gehalten.

Am Sonntag haben auch in vielen anderen und kleineren Städten Demonstrationsversammlungen für das allgemeine Wahlrecht stattgefunden. Die Agitation hat sich bereits über alle Teile des Landes verbreitet, die ganze Bevölkerung geriet in Aufregung.

China.

Eine Niederlage.

Hongkong, 16. April. Wie aus Canton berichtet wird, hat ein dort gestern eingetroffener Kurier die Meldung überbracht, daß mehr als 2000 Mann kaiserlicher Truppen, die vom General-Su entfanden waren, um Aufständische aus einer Ortschaft zu vertreiben, von diesen in einem Gang unterfallen wurden; die gesamte Mannschaft sei getötet bzw. gefangen genommen worden; der Viceroy von Canton habe aus Peking telegraphisch Verstärkungen erbeten.

Der Krieg in Südafrika.

Friedenslänge.

Daily Mail berichtet: "Wir sind in der Lage, auf Grund einer ernsthaften Information mitzuteilen, daß die Friedensgrundlagen im wesentlichen in Pretoria gelegt worden sind." Das Blatt gibt eine Darstellung der Verhandlungen, die am Montag mit dem Oberkommissar Milner begonnen haben, und sagt: Die Buren verlangten dringend einen Waffenstillstand. Am Dienstag lehnte das englische Kabinett dieses Gesuch entschieden ab. Die Buren beruhigten sich hierbei und die Beratung begann. Es scheint jetzt, daß es sich hierbei niemals um die Besprechung von Bedingungen der Buren als Grundlage der Verhandlungen handelt; tatsächlich unterbreiteten die Buren keine formellen Vorschläge irgend welcher Art. Das englische Kabinett ist von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß weder ein Vertrag, noch ein Abkommen, noch auch eine Regelung im Bruch kommen, sondern daß es sich nur um Bedingungen handeln könnte, die der Sieger dem geschlagenen Feinde stellt, der sich unterwirft. Die Buren bestanden lebhaft auf Amnestie, Zurückziehung der Verbannungsproklamation, die baldige Herstellung einer verantwortlichen Regierung und einem Anteil der Buren an dem Ausführenden Rat, der auf die Militärverwaltung folgen soll. Die englische Regierung lehnte am Mittwoch ab, ihre Bedingungen in irgend welcher Weise abzuändern; diese Antwort wurde den Buren am Donnerstag notifiziert, doch versprach ihnen Milner, daß sie einen oder zwei Sihe-

im Ausschluß der Buren haben sollen. — Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Buren dem Wesen nach die englischen Bedingungen annehmen. Es sind nur noch einige Einzelheiten ohne Bedeutung zu regeln; bisher haben die Vertreter der Buren vollkommen unabhängig von den Abgeordneten der Buren in Holland gehandelt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Gegen das Dreiklassenwahlrecht. Am 3. und 4. Mai hält der nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen seine Hauptversammlung in Leipzig ab. Das Leipziger Tageblatt hält es für notwendig, dem Vorstande aus Herz zu legen, "noch die allerwichtigste politische Frage Sachsen auf die Tagesordnung zu setzen, nämlich die Wenderung des Landtagswahlrechts". Diese Forderung begründet das nationalliberale Blatt näher:

Im öffentlichen Leben spielt ja die Vogel-Strauß-Politik eine sehr große Rolle, aber selbst die rassistischvölkischen Mitglieder der nationalliberalen Partei müssen erkennen, daß ohne die Löfung dieser Frage der sächsische Staat nicht gefunden kann. Die im Jahre 1896 eingeführte "Reform" trägt alle Kennzeichen der Zwangslage, in der man sich damals befand, und des übermäßigen Drucks einer Partei, die seinem Verbesserungsvorschlag zugänglich war. Seitdem aber durch das damals eingeführte Dreiklassenwahlrecht diese Partei zur unabdingbaren Herrschaft gelangt ist, sind die Zustände geradezu unerträglich geworden. Nicht nur die liberalen bürgerlichen Kreise empfinden dies, sondern auch recht konervative, das Wohl des Staates über den Parteivorteil stellende Männer befürworten es offen, und daß die Regierung es bedauert, nicht mit aller Energie für die Einführung eines Wahlrechts eingetreten zu sein, das nicht nur die Sozialdemokratie zurückdrängt, sondern auch dem liberalen Bürgertum eine seiner geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Vertretung wenigstens in der zweiten Kammer sicherte, geht schon längst aus sicherem Kenntniss hervor.

Das Tageblatt weist dann darauf hin, daß es schon wiederholt die Forderung einer Abänderung des Klassewahlrechts vertreten habe, zeigt dann das Schädliche der konservativ-agrarischen Herrschaft an dem Scheitern der Steuerreform auf und schließt:

Vielleicht sieht in der Regierung schon der "starke Mann", den das Land braucht, der Reiter, der kommen muß. Aber Erfolg wird er nur haben können, wenn er getragen wird von der Kraft der öffentlichen Meinung. Und hier liegt die Ausgabe der nationalliberalen Partei. Sie muß immer und immer wieder die Gefahren klarlegen, sie muß die bürgerlichen, jetzt einflusslosen Kreise, aufklären, sie muß den Konservativen klar machen, daß es sich hier um die höchsten Interessen der Monarchie handelt. Möge der Vorstand der Partei dementsprechend vorgehen und sich davon nicht abhalten lassen durch die Erwägung, daß zunächst ein erkenbarer praktischer Erfolg schwerlich zu erwarten sei. Es ist der beste Ruhm einer Partei, wenn von ihr gesagt werden kann, sie verleihe es nicht nur, reife Früchte vom Baume zu pflücken, sondern auch den Boden zu bereiten, auf dem bereift Fruchtbäume wachsen.

Leider unterläßt es das Leipziger Tageblatt, zu sagen, wie die Wahlrechtsreform aussehen soll. Wenn es sagt, daß auch die Regierung bedauert, nicht für ein Wahlrecht eingetreten zu sein, daß nicht nur die Sozialdemokratie zurückdrängt, sondern auch dem liberalen Bürgertum eine angemessene Vertretung sichert, so geht daraus ziemlich deutlich hervor, daß es nur ein Wahlrecht in dem Sinne wünscht, das zwar die Sozialdemokratie aus dem Landesparlament ausschließt, nicht aber das Bürgertum zur Einflusslosigkeit verurteilt. In Sachsen hat die konservative Minderheit ebenso die Herrschaft an sich gerissen, wie in Belgien der Merkantilismus. Dieser Tage leitartikelte das Tageblatt über die belgischen Wahlen. Es wies hin auf die Folgen der Klerikal-Herrschaft und erklärte daraus die gegenwärtigen Vorgänge in Belgien. Am Schlusse sagte das nationalliberale Blatt:

So dingen klerikale Misswirtschaft, Volkscharakter und sozialer Gegenzug den Boden für das Aufgehen der revolutionären Frucht. Ob eine große und allgemeine Revolution aber wirklich gewaltsam niedergeschlagen werden können, erscheint sehr fraglich. Wir können nicht sagen, daß wir von der Zuverlässigkeit und Disciplin der belgischen regulären Armee einen erhebenden Eindruck gewonnen haben. Die "Bürgergarde" aber ist vollends ein zweischneidiges Schwert, denn es befinden sich unter ihr viel revolutionäre und unbockige Elemente, daß es unter Umständen viel gefährlicher ist, die Elemente ein Gewehr in die Hand zu geben, als auf die Mitwirkung der Bürgergarde bei inneren Unruhen überhaupt zu verzichten. Das einzige Vernünftige, was die belgische Regierung überhaupt thun könnte, wäre die Gewährung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, vielleicht unter-

Kleine Chronik.

Leipzig, 17. April.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater findet am Sonnabend eine Aufführung der Oper Samson und Dalila statt. — Im Alten Theater wird Alt-Heidelberg wiederholt.

Am Sonntag geht im Neuen Theater die Oper Der Barbier von Sevilla in Scène, welcher das neuinstudierte Ballett Wiener Walzer folgt. — Im Alten Theater wird nadymittags 1/2 Uhr für den Leipziger Arbeiterverein Maria Magdalena von Fr. Hebbel gegeben. Da der Arbeiterverein über sämtliche Bläze verfügt hat, wird die Kasse für diese Vorstellung nicht gefüllt. Abends 7 Uhr gelangt die Posse Kyrill-Byrth zur Aufführung.

In der kommenden Woche beginnt Frau Käthe Frank ein mehrere Abende umfassendes Gastspiel: Am Dienstag im Alten Theater in der Offiziellen Frau. Am Donnerstag und Sonnabend tritt die sehr beliebte Darstellerin in einem neuen Schauspiel Die Kollegin von Hermann Kästch auf.

Der Freitag der kommenden Woche bringt im Neuen Theater die Erstaufführung der neuen Oper Viel Lärm um Nichts von C. Willers Stanhope, die damit zugleich zum erstenmal in Deutschland erscheint.

Neues Theater. (Heinrich IV., 1. Teil, von William Shakespeare.) Was die Direction bewogen haben mag, dieses Königsdrama des großen Briten neu einzustudieren, können wir nicht wissen, jedenfalls hatte man alle Urfache, ihr dasalb dankbar zu sein, daß sie den „alten fetten Schlingel“ Falstaff und den „spitzbübischen Prinzen“ Heinrich wieder einmal über die Breiter führt, denn es ist immer eine Hexenquerung, die beiden unsterblichen Figuren gut dargestellt zu sehen. Im Grunde ist die Charakterkomödie Falstaff, die einen Hauptbestandteil der großen Haupt- und Staatsaktion Heinrichs IV. bildet, für uns moderne Menschen auch die Hauptfazette unseres Interesses an dem Stück, und wir würden es ohne die hochkomischen Episoden des feisten Ritters, seiner wegeleiternden Spießgallen und seines prahlenden Freindes und Gönners kaum sehr fesselnd finden, trotz der prächtigen Figur des flötierenden Heißsporns Percy. Falstaff ist eben nicht tot zu machen, und man mag ihn ziemlich frech, verlogen, faul, gefräsig und fleg nennen — eine geheime Schwäche für den lustigen und in Selbstironie getauchten Selfschwärmer hinter Seft ist bei Shakespeare

niemals Champagner oder anderer Schaumwein, sondern stets seufriger, schwerer Süßwein zu verstehen) behält man doch, so daß man sich schließlich eines austümlichen Bedauerns nicht erwehren kann, wenn ihn der König gewordene Prinz mit Ekel fallen läßt und ihm beweist, daß der Alte, auf dem er bisher gesessen, morsch war. Alle seine Schwächen sind Schwächen des Charakters, sein Gemüth ist unverdorben und sein Bild nicht ohne philologische Tieflust und vor allem nicht ohne Schlagfertigkeit. Die gemütlieke Sehnsucht denn auch Herr Ernst Müller beobachtet, und wenn wir auch nicht leugnen können, daß er uns ein wenig mehr als nötig an seinem herleidenden Prinzenreicher in Alt-Heidelberg erinnerte, und daß wir uns den Alten, der eine von ihm geworbene Compagnie in die Schlacht bei Shrewsbury führt, recht wohl ein wenig brauerbaudernd denken können, ohne daß dabei die Grundlinien des Charakterbildes verwischt würden, so blieb sein Falstaff dennoch eine gewinnende Leistung, und man kann nicht dazu, den alten Schlemmer zu verachten, ja, man begrüßt den Reiz, den der Umgang mit diesem Genie der Niederlichkeit für den Prinzen Heinrichsich hat, den der steife, ceremonielle Boston seiner ganzen Natur nach abschönen muß. Dieser Prinz, obgleich seiner äußeren Erscheinung noch weniger Ritter und Preys-Veteran als moderner Rosenmontags-Krieger, hat uns angenehm überrascht; er sprach deutlich und pointiert und hatte etwas Festes, Keckes und Männliches, das sich nach der Seite des Heroldischen auswachsen könnte und das wir an Herrn Fetsch nicht gewohnt sind. Die übrigen Rollen waren, soweit sie nicht, wie der König des Herrn Borchert, herrlichen und zornigen Wolfgang hatten, sämlich so besetzt, daß sie nicht störten, und das will bei einem der englischen Königsdramen schon etwas sagen. Auch in Kostümen und Rüstungen batte man ein Uebrigiges gehabt und das Zeitalter hielt beibehalten; über Anachronismen hätte man sich hier nicht zu beschagen und auch das dantem wir der Regie, denn in diesem Punkte wird trotz der Melninger noch immer viel geschildert, auch an großen Bühnen, und wir empfinden es stets als eine Beeinträchtigung unseres Genusses. Sehr drollig wirkte Falstaffs Kanonenfutter, — „Futter für Pulpa“, wie er selber sagt; das waren freilich Waterlandsverteidiger, wie sie heute trotz des Vurenkrieges von keinem Werbe bureau Alt-Englands den berüchtigten „Schilling des Königs“ bekommen würden, wohljelle Ersatzmänner für die tauglichen Ausgeborenen, die sich losgekauft haben, eine Galerie von Jammergestalten, die schwer zu überbieten sein dürfte. Die weiblichen Rollen des Stückes sind bekanntlich kaum der Rede wert; die Lady

Percy des Hr. Laue hat derselben wohl selber wenig Freude gemacht; die Frau Hurlig des Hr. Busc war freitbar und „gut beschlagen unter der Rose“; der Kellner Franz des Hr. Wahr wohl doch etwas zu zapplig — Damen trippeln meist schon da, wo sie es nicht wollen, und dieser Kellnerbursche hatte denn doch die Hurligkeit und Behendigkeit einer Bachstelze, die man bei sämtlichen Piccolos Leipzigs und seiner Vororte vergeblich suchen darfte. — Nur eine Bemerkung möchten wir uns noch gestatten: Das braune Kostüm und die zerbeulte Tasche sind nun einmal für die Figur des Falstaffs Bühnentradition, und ein Abgehen von derselben hat seine Schwierigkeiten; wäre es aber nicht angebracht, Falstaff wenigstens vor der Schlacht mit einer Art leichter Rüstung zu versehen? Unter dem geharnischten Gefolge des Königs nimmt er sich doch recht merkwürdig aus und die Ritterhabe allein thut es wahrhaftig nicht; vielleicht würde es dann dem Felskloko, der sich zu Boden geworfen hat, weil er im Schlachterwühl für tot gelten möchte, noch etwas schwerer, wieder auf die Füße zu kommen, und das gäbe schließlich einen ebenso komischen Effekt, als das Herunterfallen des Ritters von der niedrigen Lagerstatt im Altkoven der Frau Hurlig. Das Haus war verhältnismäßig gut besucht, befand sich in bester Laune und sangte nicht mit seinem Beifall.

Arbeitervorstellung im Alten Theater. Auf Wunsch der Theaterdirektion beginnt die Aufführung von Maria Magdalena schon 2 1/2 Uhr. Es ist wünschenswert, daß, um Störungen zu vermeiden, alle Besucher pünktlich erscheinen. Da in zwei Vorstellungen alle Wünsche nach Eintrittskarten nicht befriedigt werden können, soll Sonntag den 27. April noch eine dritte Vorstellung stattfinden. Die Billets zu dieser Vorstellung werden von Sonnabend den 14. an im Vereinslokal Stadt Gotha, Große Fleischergasse 14, III., ausgegeben, wer solche noch nicht bestellt hat, mag dies möglichst schnell nachholen.

Der Komponist Stanford in Leipzig. Herr Dr. Willers Stanford, der Komponist der neuen Oper Viel Lärm um Nichts, der seit dem Tode Sullivan als die erste musikalische Persönlichkeit in England gilt, ist in Leipzig eingetroffen, um den letzten Proben seines Werkes beizuwohnen. Die Oper, die an der Leipziger Bühne ihre erste Aufführung in Deutschland erlebt, wird bereits in kommender Woche, und zwar am Freitag den 25. April, im Neuen Theater zum erstenmal gegeben.

Der Prozeß Gelger contra Ellinger scheint eine für

gleichzeitiger Durchführung des Proportionalsystems, damit jenes der Streitpunkt aus der Welt geschafft wird.

Was für Belgien gilt, gilt auch für Sachsen! Notwendig für Sachsen ist eine Volksvertretung, die der wirkliche Ausdruck der Volksmeinung und des Volkswillens ist. Eine solche Volksvertretung aber kann nur das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht schaffen. Werden die nationalliberalen Männerseelen in Sachsen dafür eintreten? Das glauben wir nicht! Aber das steht fest: Wie in Belgien die liberale Wirtschaft, so wird auch in Sachsen die konservative Wirtschaft den Boden für Ereignisse zögern, die notwendig den Boden der bürgerlichen Gesellschaft unterminieren müssen.

Die Steuerreformdebatte wurde gestern in der Ersten Kammer fortgesetzt. Die Kammer nahm die §§ 2 f. des Vermögenssteuergesetzes an, beharrte aber dabei bei seiner strengen Ablehnung des § 1. Sie erklärte durch eine Reihe Redner, daß sie nicht gegen die Vermögenssteuer an sich, sondern nur neben der Grundsteuer, die man beibehalten wolle, unmöglich noch eine besondere Ergänzungsteuer für den Grundbesitz geschaffen werden dürfe. Minister Dr. Rüger trat entschieden für die Regierungsvorlage ein; die Regierung müsse darauf beharren, daß die Gegenbeschläge für die Regierung zur Zeit unannehmbar seien. Die Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf ergibt 34 Stimmen für und 8 gegen.

Hierauf wurde mit 20 gegen 19 Stimmen in namhafter Abstimmung folgender Antrag angenommen:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, den Ständen einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen unter Beibehaltung der Grundsteuer als Vorausbesteuerung des Grundbesitzes eine Ergänzungsteuer auf das Einkommen aus Rentenkapital und aus gewerblichem Kapital im Anschluß an die Einkommensteuer eingeführt wird.

Mit großer Mehrheit wurde sodann folgender weiterer Antrag angenommen:

Die Regierung zu ersuchen, diesen Gesetzentwurf womöglich noch dem gegenwärtigen Landtag oder wenigstens dem nächsten ordentlichen Landtage so zeitig vorzulegen, daß das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1904 erfolgen kann.

Die Erste Kammer brüttet hierauf den Gesetzentwurf über die direkten Steuern. Die Regierungsvorlage bestimmt, daß die Grundsteuer bis auf weiteres außer Geltung kommt, dadurch aber an der Grundsteuerverfassung nichts geändert wird, daß ferner der durch die direkten Steuern zu deckende Staatsbedarf durch die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer und die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen aufgebracht werden soll, der durch diese Steuern nicht aufzubringende Fehlbetrag durch Bußschläge zur Einkommensteuer gedeckt werden und das Gesetz am 1. Januar 1904 in Kraft treten soll. Die Deputationsmehrheit beantragt die Annahme der Regierungsvorlage mit einigen Änderungen, welche hauptsächlich sich mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer decken. Die Minderheit dagegen beantragt die Veränderung des Gesetzes in der Weise, daß die Grundsteuer weiter erhoben, daß der durch die direkten Steuern zu deckende Staatsbedarf durch die Grundsteuer, die Einkommensteuer, eine zu schaffende Ergänzungsteuer und die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen aufgebracht wird und daß weiter Beitragspflichtige zur Einkommensteuer, die in Klasse 1a oder in einer der Klassen 1 bis 3 veranlagt sind, in jedem Falle von Bußschlägen frei bleiben. In der Debatte erklärte Finanzminister Dr. Rüger in Bezug auf die Befreiung der Klassen 1a und 1 bis 3 von Bußschlägen zur Einkommensteuer, daß, nachdem die Erste Kammer den von der Regierung vorgeschlagenen neuen Einkommensteuertarif abgelehnt habe, die die Befreiung forderten Zusätze für die Regierung nicht wohl annehmbar seien. Die Regierungsvorlage wird daraus mit großer Mehrheit gegen drei Stimmen abgelehnt, das Votum der Minderheit dagegen mit großer Mehrheit angenommen.

Also die Steuerreform ist in der Ersten Kammer definitiv gescheitert. Das Scheitern der Steuerreform hat, wie wir schon gestern sagten, hohe Steuerzuschläge zur Folge, die, wie der Finanzminister heute feststellte, nun auch die untersten Klassen treffen werden.

Die Petition zur Abänderung des Allgemeinen Sächsischen Vergesetzes. Die 4. Deputation der Ersten Kammer hat ihren Bericht über die Petition Pöcking und Genossen um Abänderung des Vergesetzes an das Plenum gelangen lassen. Die wichtigsten Forderungen der Petition sind: Einführung des Achtstundentags, Verbot der Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Arbeiterrinnen auf Gruben, Abschaffung des Accordsystems, Abänderung des § 80, der das Koalitionsrecht der Bergarbeiter unterbindet, Abschaffung der Arbeitsbücher, Obligatorisierung der Brausebäder. Die Deputation kommt nach den Erklärungen der Regierung zu folgendem Antrage: Die Regierung zu ersuchen, bei einer Revision des Vergesetzes in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehlen wird, die §§ 75 und 76 des Vergesetzes in der Weise abzuändern, daß a) die Arbeitszeugnisse auf die Dauer der Arbeit beschränkt werden, sofern nicht der ob-

schlinger ungünstige Wendung genommen zu haben. Der Vertreter Klinger, der Rechtsanwalt Georgi-Leipzig, soll nach der Einsichtnahme in das Beweismaterial Klingers seine Vollmacht niedergelegt haben.

Leydenseler. Aus Anlaß des bevorstehenden 70. Geburtstages des Professors v. Leyden veranstaltete der in Wiesbaden tagende 20. Kongress für Innere Medizin im Kurhause eine Leydensele. Als der Jubilar den Saal betrat, erhoben die Anwesenden sich von den Sitzen und brachten begeisterte Hochrufe auf Leyden aus. Der Präsident des Kongresses, Professor Naunyn (Straßburg) begrüßte Professor v. Leyden und riefes darauf hin, daß der Kongress mit Recht eine Schöpfung Leydens zu nennen sei; der Kongress habe ihm zum Dank dafür einstimmig zum Ehrenmitglied gewählt. Nachdem Professor Naunyn dem Jubilar das Diplom überreicht und Leyden in bewegten Worten seinen Dank für die Ehrung ausgesprochen hatte, überreichte Oberbürgermeister Dr. v. Hell den künstlerisch ausgeführten Ehrenbürgertitel der Stadt Wiesbaden. Im Namen der Regierung sprach Oberregierungsrat Bock Professor v. Leyden die herzlichsten Glückwünsche aus; auch Professor Rothnagel (Wien) überbrachte Glückwünsche.

Lu. Eine Gedenkselze für Soula Perowskaja, die russische Heldin und Märtyrerin, findet nächsten Freitag in Zürich statt. Gefangenvorträge, sowie ein Referat in russischer und ein solches in deutscher Sprache werden den Inhalt der Feier bilden.

— Jules Dalon gestorben. Aus Paris kommt uns die Nachricht zu, daß der große französische Bildhauer Jules Dalon, der Schöpfer der herrlichen sinnblütigen Gruppe: Die Republik, die erst vor kurzem in Paris aufgestellt worden, gestorben ist. Bei seinem Begräbnis, das gestern stattgefunden hat, waren, die Sozialisten, besonders die Journalisten, sehr zahlreich vertreten.

gehende Arbeiter Erstredung des Zeugnisses auf seine Führung und Leistungen sowie Ursache des Abgangs verlangt, b) die Arbeitsbücher bei großjährigen Arbeitern durch einfache Zeugnisse — sogenannte Abfahrzeugnisse — ersetzt werden, c) eine Bestimmung aufgenommen werde, die den Arbeitgebern untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, die den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen und die Zuwidderhandlung mit Strafe bedroht. Ferner beantragt die Deputation, Punkt 6 der Petition, soweit sie sich auf Einführung von achtstündigen Lohn- und Abschlagszahlungen bezieht, auf sich beruhend zu lassen, soweit sie die obligatorische Einführung von Lohnzetteln betrifft, der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die Deputation ist also über die wichtigen Punkte der Achtstundensicht, des Verbots der Frauenarbeit u. s. w. hinweggegangen. Nur Punkt 4, Koalitionsrecht betreffend, empfiehlt sie der Regierung zur Kenntnisnahme.

Der zweite Abschnitt der Petition forderte die Abänderung der Vergleichsnotbremse vom 2. April 1884, die das Versicherungswesen der Arbeiter betrifft. Die Deputation beantragt, in dieser Beziehung die Petition auf sich beruhen zu lassen. Im dritten Abschnitte der Petition bitten die Petenten um Ergänzung der Grubeninspektion durch erfahrene Arbeiter, die von den Arbeitern gewählt werden sollen. Auch in dieser Beziehung schlägt die Deputation vor, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

In der zweiten Kammer wird die Petition natürlich auch nicht mehr Verständnis finden. So werden die sächsischen Bergarbeiter auch weiterhin unter untrüglichen Verhältnissen sich für den Mehrwert der Grubenunter abzuradern haben.

Dresden, 17. April. Der durch die hiesigen Tagesblätter bekannte Fall, daß in Vorstadt Pieschen bez. Müthen und Liebigau mehrere Kinder von zwei Schulknaben rücklings in die Elbe gestoßen und darin ertrunken seien, ist durch die Erörterungen der Kriminalabteilung dahin aufgeklärt worden, daß von zwei jeht 9 und 10 Jahre alten Brüdern der jüngere in den Jahren 1900 und 1902 je einen Knaben in die Elbe gestoßen und den Tod durch Ertrinken herbeigeführt hat. Außerdem hat der jüngere zugestanden, noch fünf andere Kinder in die Elbe gestoßen zu haben; sie hätten sich aber entweder selbst aus dem Wasser geholt oder wären durch dritte Personen gerettet worden. Der ältere Bruder ist nur bei einem einzigen der genannten Fälle anwesend aber nicht mit thätig gewesen. Andere Kinder, die in den letzten Jahren in der genannten Gegend in der Elbe ertrunken sind, sind, wie festgestellt worden ist, durch eigenes Verhängen verunglückt. Der in den beiden Knaben ziemlich stark entwickelte Trieb zur Verrohung dürfte seinen Grund in der gänzlich vernachlässigte Erziehung haben.

k. Grimmaischen, 16. April. Die Arbeiterausschüsse, die selbst von der zuständigen Gewerbeinspektion als sehr segensreich empfohlen wurden, erfahren von den hiesigen Fabrikanten mitunter eine recht unhöfliche Behandlung. Vor zwei Wochen wurden bei der Firma Bellerlein gegen 40 Arbeiter ausgesperrt und war die Ursache häufiglich in der Anerkennung des von den Arbeitern gewählten Ausschusses zu suchen. Wenige Tage darauf wurden bei der Firma Schönfeld die Arbeiter ausgesperrt, weil der Fabrikant wegen einer Lohnhöhung mit der Firma verhandeln wollte. Beide Ausstände wurden nach mehrjähriger Dauer, zum Teil infolge Vermittlung des Fabrikantenvereins, beigelegt. Heute wurden die Arbeiter der Firma Heinr. Schönfeld, etwa 100, wiederum ausgesperrt, weil die Arbeiter um die Zurücknahme der Kündigung des Vorsitzenden des Fabrikantenausschusses vorstellig wurden. Herr Schönfeld ließ aber nicht mit sich verhandeln. Wer wieder den Vorstand macht, wird entlassen" und "wer nicht arbeitet, mag die Fabrik verlassen" war seine Antwort. Und die Arbeiter gingen.

o. Delitzsch 1. 3., 17. April. Dieser Tage fand hier eine recht eigentümliche Protestversammlung statt. Die hiesige Handelschule hat nämlich eine Mädchenabteilung errichtet, die nicht weiter sein soll, als eine weibliche Fortbildungsschule, da in der Hauptsache Haushaltungs- und sonstiger gewölblicher Unterricht erteilt wird. Gleichwohl sehen die Handlungsbeflissenen eine große Gefahr für ihren Stand in dem Unternehmen. Sie hielten eine öffentliche Versammlung ab, in der auch Petitionen an den Stadtrat und den Handelschulverein wegen Aufhebung der Schule in Umlauf gelegt wurden. Die Belehrungen, die den Handlungsbeflissenen von dem Direktor der Schule und anderen Rednern zu teilen wurden, fruchten nichts. Die Mädchen könnten sich in der — inneren Mission und als Dienstmädchen nützlicher machen, so hieß es.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In Falkenstein und den umliegenden Ortschaften nimmt die Ausstellung neuer Schleißmaschinen immer mehr zu. Namenslich sind jetzt viele neue Maschinen für die ländlichen Ortschaften bestimmt. Der Geschäftszug in diesem Industriezweige ist noch recht flott.

= Der „unstabile“ Schiller. Der Rektor der höheren Töchterschule in einer würtembergischen Stadt — so wurde der Frankf. Bt. gestellt — ordnete bei der Schlusselfeier der obersten Klasse (Mädchen von 15 und 16 Jahren) an, daß beim Vortrag des herzlichen Liedes von der Glocke die Stelle: „Vom Mädchen reißt sich stolz der Knabe“ bis „Die schöne Zeit der jungen Liebe“ auslassen ist. Wenn man nun berücksichtigt, daß sämtliche Mädchen das ganze Gedicht ohne Verstümmelung auswendig lernen mußten, so wird man den erzieherischen Wert dieser Maßregel in seiner ganzen Größe zu würdigen wissen. Unser großer Schiller aber würde sich im Grabe umdrehen, wenn er erfahren würde, daß so etwas nahezu 100 Jahre nach seinem Tode, zwei Wegstunden von seinem Geburtsort entfernt, in einer Stadt geschehen könnte, wo er selbst einige Zeit gewohnt hat. Daß es indessen nicht nur in des Dichters engster Heimat, sondern auch im weiteren deutschen Vaterlande Leute giebt, die es verstehen, seine Werke zu verbessern und zu verstümmeln, wird durch folgendes Vorkommnis beleuchtet: In einem Frankfurter Mädchen-Institut wurde vergangenen Winter: Die Jungfrau von Orleans gelesen. Den Schülerinnen wurde aufgegeben, den Monolog Johannes: Die Waffen ruhn, zu lernen. Aber beileibe nicht ganz! Die Verse: „Wer? Ich? Ich eines Mannes Bild in meinem reinen Busen tragen?“ bis „Und mich vernichtet nicht die Scham?“ muhten auf Befehl der Vorsteherin ausgelassen werden. Was liegt auch weiter davon, ob eine Stelle, die den Kern einer Tragödie in sich birgt, beachtet wird oder nicht?

Für eine Institut-Vorsteherin ist die Hauptsache, daß ihren Jöglingen die Legende vom Storch erhalten bleibt. Und daß dies im vorliegenden Falle erreicht worden ist, daran wird wohl niemand zweifeln.

In Niederstriegis bei Döbeln sollen über 100 Schulkinder an den Motern erkrankt sein, so daß die dortige Schule auf 14 Tage geschlossen worden ist. — In Bautzen ist jener Buchhalter der Flemmingischen Fabrik festgenommen worden, der seinen Prinzipien dadurch schuldig gemacht, daß er 300 Quittungsbücher der Gültigkeitsträger nicht mit Marken versehen und das Geld dafür unterschlagen hat. — Ein Unglück von nicht absehbarem Umfang konnte vorgestern abend dem 4% Urk. von Adorf in Jägersgrün eingetretenden Personenzug widerfahren. Nachdem Bredereckbahn hatten auf der Strecke hinter Friedersgrün in der Nähe des dortigen Steinbruchs kurz vor Bautzen eine Eisenbahnschiene auf das Gleis gelegt, um eine Entgleisung des Zuges herbeizuführen. Glücklicherweise hat die Maschine die Schiene krumm gebogen und beiseite geräumt, so daß ein Unglück vermieden wurde.

Gera, 18. April. Der Bauunternehmer Krause in Wiederau war vom dortigen Schöffengericht wegen Diebstahls und Vertrags zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er Drainageröhren für einen Bau in eigenem Interesse verwendet hatte. Der eingelagerte Berufung wurde stattgegeben und abstreitgesprochen.

Hirschberg i. Sch., 17. April. Unterschlagung und Bücherschändung im Amts führten den 37jährigen Stadtbaupraktikanten Richard Brüdner aus Liebenthal vor das hiesige Schwurgericht. Der Angeklagte, ein noch unbefristeter Mann, war bei der Stadtverwaltung in Liebenthal angestellt, bezog aber nur ein Gehalt von zu least 990 Mk. jährlich (!). Damit sollte er außer sich noch eine Frau und drei Kinder ernähren! Er vergriff sich an amtlichen Geldern und versuchte die Unterschlagungen durch Fälschung der Bücher und Quittungen zu verdecken. Die Gesamtsumme der von Brüdner begangenen Veruntreuungen beträgt ca. 2200 Mk., die durch seine Haft und seine Verwandten bis auf 200 Mk. gedeckt sind. Über einstimmend traten Staatsanwalt und Verteidiger neben Bejahung der Schuldfragen auch für die Billigung mildernder Umstände ein. Insbesondere wies der Verteidiger auf das klägliche Gehalt des Angeklagten hin, das ihm und seiner Familie ein Auskommen nicht stattet habe. Durch den Wahrspruch der Geschworenen wurde Angeklagter der Unterschlagung und Bücherschändung im Amts und des Betruges unter Annahme mildernder Umstände schuldig gesprochen. Der Staatsanwalt beantragte hierauf zwei Jahre Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und 2 Jahre Entfernung.

Dem Büchstaben des Gesetzes ist Genüge gethan. Eigentlich sollte aber der „Hauptkassenassistent“ und „Sparkassenkontrolleur“ freigesprochen und die Stadtverwaltung verurteilt werden, die mit ihrem horrenden Gehalt der eigentliche Urheber der Unredlichkeit ist.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. April.

Genosse Otto Pollender verlautet heute die lächelnde Freiheit mit den gastlichen Räumen in der Beethovenstraße, um zwei Monate über die Freuden eines verantwortlichen Redakteurs nachzudenken. Unserer Kollegen war bekanntlich die Stose vom hiesigen Landgericht wegen Bekämpfung des Reichstagsabgeordneten Prof. Hesse zuklärt worden. Wir wünschen, daß er seinen unfreiwilligen Aufenthalt im Gefängnis gut überstehen möge.

Die Bekanntmachung der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen, die Arbeitszeitkürzung in den Werkstätten betreffend, ist nunmehr sämtlichen Arbeitern in den Werkstätten mit der Aufforderung angegangen, binnen zwei Tagen durch ihre Unterschrift zu erklären, ob sie sich den von der Generaldirektion getroffenen Bestimmungen fügen wollen. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist folgender:

Bekanntmachung vorübergehende Abkürzung der Arbeitszeit in den Werkstätten der Königlich Sächsischen Staatsbahnen.

Der schon geräume Zeit bestehende und voraussichtlich noch länger anhaltende Mangel ausreichender Beschäftigung für die Werkstätten der Staatsbahnen bedingt, daß auf eine Entlassung von Arbeitern wegen Mangel an Beschäftigung nicht zugekommen werden soll, vorübergehend eine Verkürzung der regelmäßigen zehnstündigen Arbeitszeit unter entsprechender Verkürzung des Lohnes beim Arbeiten im Zeitlohn.

Nach vorherigem Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß der Werkstätten soll deshalb zunächst von Sonnabend den 26. April erstmals bis auf weiteres in allen Werkstätten der Staatsbahnen am Sonnabend nachmittag in der Regel nicht gearbeitet werden; ausnahmsweise Arbeiten am Sonnabend nachmittag hat ohne Überstunden-Berglitung zu erfolgen.

Diese, sämtlichen Arbeitern der Werkstätten auszuhändigegebe Bekanntmachung ist von diesen binnen zwei Tagen vom Tage des Empfangs mit Unterschrift der Erklärung am Fuße der Bekanntmachung an den Beamten der Werkstatt zurückzugeben, welcher die Verteilung der Bekanntmachung bemühte.

Nichtabgabe der Bekanntmachung oder Abgabe der nicht unterschriebenen Bekanntmachung wird als Ausdruck der Absicht angesehen und behandelt werden, daß sich der betreffende Arbeiter der im allgemeinen Interesse der Arbeiterschaft getroffenen Maßregel nicht zu fügen beabsichtigt.

Dresden, den 16. April 1902.

Königliche Generaldirektion
der Sächsischen Staatsbahnen
v. Kirchbach.

Erläuterung. Der Unterzeichnete erklärt hierdurch, sich der in vorstehender Bekanntmachung getroffenen Bestimmung einverstanden zu führen.

(Vor- und Zuname): den April 1902.

Wir haben zu dieser im allgemeinen Interesse der Arbeiter getroffenen Maßregel noch zu bemerken, daß der für die Arbeiter entstehende Lohnausfall von diesen um so schwerer empfunden wird, als bereits schon vordem mehrfach Lohnabzüge vorgenommen worden sind. Der Vorzug der Verordnung besteht darin, daß sie die Werkstättenarbeiter einem gründlich aufzulösen und ihnen zum Bewußtsein bringen wird, daß sie ihre Interessen nur durch festen Zusammenschluß genügend wahren können.

Arbeiterwochenkarten. Vom 1. Mai an werden in Zweckau Arbeiterwochenkarten IV. Klasse nach Gaußsch zum Preise von 1,10 Mk. ausgegeben. Die Karten gelten zu einer täglichen Hin- und Rückfahrt an sechs hintereinander folgenden Werktagen, und zwar zur Fahrt nach Gaußsch bis vorzeitig 9 Uhr, zur Fahrt nach Zweckau von nachmittags 2 Uhr an.

Auf der Strecke Gaußsch-Goschwitz kam auf die Karten die III. Klasse benutzt werden.

Der ärztliche Bezirksverein Leipzig-Land hat beschlossen, dem Deutschen Aerzteverein folgenden Antrag zu unterbreiten: Der Deutsche Aerztevereinsbund möge die genossenschaftliche Organisation der deutschen Aerzte für Haftpflicht- und Unfallversicherung in die Hand nehmen." Zur Einbringung des Antrages ist die Mitunterschrift von neun Vereinen erforderlich.

Die Sammlungen des Vereins für die Geschichte Leipzigs haben einen derartigen Umfang angenommen, daß die dem Verein zur Unterbringung der Sammlungen in dem städtischen Grundstück am Johannisplatz zur Verfügung stehenden Räume auf die Dauer nicht mehr ausreichen. Sie haben sich namentlich zur Unterbringung schwerer Steinplasturen aus verschiedenen Gründen als ungeeignet erwiesen. Der genannte Verein hat nun um kostlose Überlassung eines zur Zeit leerstehenden Raumes von etwa 100 Quadratmetern Fläche in der ehemaligen Landstieghalle am Johannisplatz gebeten. Der Rat hat beschlossen, dieser Bitte mit dem Vorbehalt jederzeitigen Widertrücks zu entsprechen. Um die betreffenden Räume herrichten zu lassen, ersucht der Rat die Stadtverordneten um Bewilligung von 370 Mark.

Neue internationale Frachtkontrollen. Das am 16. Juni 1898 in Paris abgeschlossene Zusatzabkommen zum internationalen Vereinssystem über den Eisenbahn-Frachtwert vom 14. Oktober 1890 ist am 10. Oktober 1901 in Kraft getreten. Mit diesem Zeitpunkt sind neue internationale Frachtkontrolle zur Einführung gelangt und die bisherigen, dem Vereinssystem über den internationalen Frachtwert vom Jahre 1890 entsprechenden Formulare werden nur noch bis zum 9. Oktober 1902 zugelassen.

Die Teilnehmer der Stadt-Gernsprecheinrichtung in Leipzig und Markranstädt werden vom 20. April ab zum Sprechverkehr mit Vielesfeld - nebst dem Vorort Brückweide, Dorndorf - nebst der im Nachbarort verkehrenden Stadt-Gernsprecheinrichtung Hörsel sowie mit Minden (Westf.) und mit Bonn zugelassen. Die Gesprächsgebühr beträgt nach den genannten Orten je 1 Mk.

Ein entlarvter Betrüger. Vor kurzem wurde in unserer Stadt ein von der Staatsanwaltschaft Naumburg wegen Betrug und schwerer Urkundenfälschung festbriefflich verfolgter, angeblicher Versicherungsbeamter von Rosenberg-Spinnsy festgenommen. Der Verhaftete hat hier behauptet, dieser Name sei gar nicht sein richtig. Er habe seinen Namen misslicher Vermögensverhältnisse wegen abgelegt und heißt richtig Freiherr von Nedvis. Es hat sich nun herausgestellt, daß der Betrüger sich unter diesem Namen als ehemaliger Offizier in angesehenen Familien verschiedener Städte einzuführen verstanden und dort in der Hauptstadt Heimatsschwindelerie begangen hat. Der heimige Kriminalpolizei ist aber die Entlarvung des Hochstaplers gelungen. Dieser ist nämlich kein Freiherr, sondern ein schon vielfach mit Buchthaus bestroffener, 31 Jahre alter ehemaliger habschafflicher Diener aus Stanislawo in Ostpreußen.

In Haft genommen wurde, hier ein bereits vorbestrafter, 20 Jahre alter Buchhandlungsbuchhändler aus Osnabrück, der von Buchhändlerwagen Pakete mit Büchern stahl. Letztere hat der Dieb zum Teil verkauft. — Weiter erfolgte die Festnahme eines 30 Jahre alten Zimmermanns aus Mertendorf, der in den dringenden Verdacht steht, kürzlich in einem Schuhwarengeschäft der Meindorfer Straße in L.-Gohlis einen Einbruchsdiebstahl verübt zu haben.

Bon einer Ohnmacht besessen wurde heute früh auf der Nürnberger Straße eine ältere Handelsfrau. Die erkrankte Frau fand Aufnahme im Krankenhaus.

Das erkrankte Pferd eines Droschkenbesitzers fiel gestern nachmittag im Revierort Probstzella in einen neben dem Fahrweg hinstürzenden Tiefengraben. Um das Tier aus dieser Lage zu befreien, mußten Mannschaften der Feuerwehr herbeigerufen werden.

Kleine Polizeinachrichten. Im Bereich des Bayerischen Bahnhofs wurde ein 28 Jahre alter Arbeiter aus Paunsdorf bei der Entwendung von Eisenbahnen erfaßt. Der Dieb wurde der Polizei zugeführt.

Aus dem Gardeoberbaum eines öffentlichen Gebäudes der Südstadt wurde ein Winterüberzieher von schwarzen, glattem Stoff gestohlen.

Vom Bayerischen Bahnhof ist durch Diebstahl ein EU 21 geschildeter Ballon mit 24 verschiedenen Büchern im Werte von 100 Mk. abhanden gekommen.

In der inneren Stadt ist eine goldene Damenuhr mit Schlüsselaufzug samt einer goldenen kleingliedrigen Halskette im Gesamtwerte von 120 Mk. abhanden gekommen. Die Uhr trägt auf der Rückseite die eingravierten Buchstaben M.H.

Vereine und Versammlungen.

Deutsche Versammlung des Gewerkschaftsarbeiters.

Eine am 14. d. M. im Restaurant Erholung zu Lindenau tagende Versammlung nahm zunächst Stellung zur Fete des 1. Mai. Kollege Schadt führte hierzu aus, daß es zu wünschen wäre, daß sich die Kollegen dieses Jahr gemeinsam an der Maifeier beteiligten. Er wies zugleich auf den Zweck dieses Tages hin. Hierauf ging folgender Antrag ein: Die Kollegen, eventuell der Arbeiterausschuß, werden beauftragt, bei ihren Arbeitgebern dahingehend vorstellig zu werden, ihnen, wenn es irgend möglich ist, den 1. Mai frei zu geben. Hierauf wurde von den Engelmannschen Kollegen der Wunsch geäußert, die Kollegen bei H. & Böttcher möchten dafür sorgen, daß sie auch mit Lohnarbeiten beschäftigt werden, wenn es im Accord nichts zu thun giebt. Eine lebhafte Debatte entspans sich über einige Vorschläge bei der Firma Engelmann und Richter, wobei besonders gegen einen Arbeiter mehrfache Beschuldigungen erhoben wurden. Der Arbeiterausschuß wünschte die Entlassung dieses Mannes; dieser Wunsch wurde jedoch nicht erfüllt. Kollege Knapp vertheidigte sich noch wider mehrere gegen ihn gerichtete Angriffe. Es wurde festgestellt, daß alle derartige Auseinandersetzungen auf Unwahrheit beruhen. Mit der Aussicht, die Holzarbeiterveranstaltungen besser denn bisher zu besuchen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die Mäder

hielten am 12. April im Bürgergarten eine Versammlung ab, in der Kollege Kaufmann vom Provinzialtag in Bautzen Bericht erstattete. Daraus geht hervor, daß im Jahre 1901 in Sachsen 1082 Mitglieder den vollen Jahresbeitrag bezahlt haben. Am besten organisiert sind die Kollegen in Meerane, wo fast alle der Vereinten angehören. Beslossen wurde, die Haussklassierung obligatorisch einzuführen. Die von der Volkszeitung gebrachte Notiz, es sei beschlossen worden, für Sachsen einen besoldeten Beamten anzustellen, ist nicht richtig; zu einem derartigen Beschlusse war der Provinzialtag überhaupt nicht kompetent. Es ist aber Aussicht vorhanden, daß der Hauptvorstand zur Anstellung eines Beamten in Leipzig und Dresden einen Anschluß gewähren wird. Ferner hat der Provinzialtag Beschlüsse gefaßt bezüglich des Bauarbeitersturzes. Eingehend hat man sich mit der Bleivergiftungsgefahr beschäftigt, wobei mitgeteilt wurde, daß vor kurzer Zeit an den Rat der Stadt Leipzig eine Petition gerichtet worden ist, in der für den Mäder bevorstehende Vorschriften verlangt werden und Vorschläge zur Bekämpfung der größten Mißstände gemacht werden. Die Kosten des Provinzialtages belaufen sich auf 301,60 Mk. Der nächste Provinzialtag soll in Chemnitz abgehalten werden. Zur diesjährigen Maifeier wird jeder Kollege, der ohne wirtschaftliche

Schädigung feiern kann, aufgefordert, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Ein Antrag, von dem am 1. Mai Arbeitenden 50 Pf. zu erhalten, wurde abgelehnt. Die Anschuldigung gegen die Kollegen der Firma Bürkhardt u. Witte ist in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit der Sektionsleitung der Holzarbeiter untersucht worden. Es wurde festgestellt, daß allerdings Sonntags gearbeitet worden ist, daß aber auch der Brief übertriebene Anschuldigungen enthalten. Mit der Erklärung der Kollegen, Sonntagsarbeit zu vermeiden, haben sich die Holzarbeiter zufrieden gegeben, womit die Angelegenheit als erledigt zu betrachten ist.

Eine öffentliche Maler- und Lackiererversammlung tagte am 15. April in der Flora. Genosse Meusch referierte über Zweck und Ziele der Organisation. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Hauptsächlich beweisen die Kollegen ihr Einverständnis mit dem Referenten dadurch, daß sie alle der Organisation beitreten.

Gießereiarbeiter.

Am Sonntag tagte eine gutbesuchte Versammlung der in den Gießereien von Rudolf Hermann, Sternkopf und Mansfeld beschäftigten Arbeiter im Restaurant Wölfel in Stötteritz, in der Genosse Schulze über Zweck und Nutzen der Organisation referierte. Die Ausführungen des Redners gingen dahin, daß sich alle Arbeiter organisieren müßten, denn nur eine gut organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft sei im Stande, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und sich gegen die Übergriffe des mächtigen Kapitals zu wehren. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die Arbeitsverhältnisse der Firma R. Hermann in Stötteritz einer Kritik unterworfen. Es wurde ausgeführt, daß die Accordpreise nicht dem Tarif entsprechen, daß besonders die Plattenformer gleich bezahlt werden und daß auch bei den Puher mehrfach Preisreduktionen vorgenommen worden seien. Auch wurde über die mangelhaften Schutzaufnahmen zur Verhinderung der Staubentwicklung gestagt. Des weiteren liegen auch die Lehrlingsverhältnisse viel zu wünschen übrig. Zu seinem Schlußwort forderte der Referent zur Pflege der Solidarität unter den Arbeitern und zum Abonnement der Leipziger Volkszeitung auf.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Am 12. April fand eine öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter im Mönchhof zu Leipzig-Gohlis statt mit der Tagesordnung: 1. Die soziale Bedeutung der Gewerbeberichter in unserem Berufe. 2. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt hat Kollege Franz Schmidt das Referat übernommen. Für den reichhaltigen Vortrag erinnerte der Referent lebhaften Beifall. Unter Gewerkschaftlichem wird ein in einer früheren Versammlung schon besprochener Punkt nach eingehender Debatte der Ortsverwaltung anhängiggestellt. Die anwesenden Kollegen versicherten, dem Wunsche der Kollegen im Norden nach Möglichkeit nachkommen zu wollen. Nachdem Kollege Schmidt noch auf die am 25. April stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht, wird die Versammlung geschlossen.

Verein für Frauen und Mädchen.

In einer mäßig besuchten Versammlung in der Goldenen Krone in Connewitz sprach Genosse Kähler über die wirtschaftliche und politische Stellung der Frau im 20. Jahrhundert. Die Referentin wies auf die bedrückte Stellung der Frau hin und zeigte, wie diese sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen geändert habe. Die soziale Richtigkeit habe die Frau so an ihre Abhängigkeit gewöhnt, daß sie den Auflösungsversuchen, die von der Sozialdemokratie unternommen werden, meist teilnahmslos gegenübersteht. Und doch trete nur die Sozialdemokratie für die volle wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frauen ein. Es bleibe eine Ungerechtigkeit, daß der Frau, die ihre bürgerlichen Pflichten erfüllt, die politischen Rechte vorenthalten werden. Die proletarische Frauenbewegung dürfe keine besondere, sondern sie müsse ein Stück der allgemeinen Arbeiterbewegung sein, mit der vereint sie den Ideen des Sozialismus zum Siege verhelfen soll. Das 20. Jahrhundert gehört dem Sozialismus, der auch den Frauen die Erfüllung aus der Richtigkeit bringen wird. Nachdem noch Genosse Kähler zum Anschluß an die Organisation aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Erinnerungen eines Leipziger Ausgewiesenen.

Es war an einem der letzten Tage im Juni des Jahres 1881 in der Mittagsstunde, als ein junger Mann unter allen Zeichen höchster Erregung in meine, in einem der östlichen Vororte gelegene Wohnung trat. Er brachte mir die niederschmetternde Mitteilung aus dem Scherzaal der Leipziger Zeitung, daß er soeben den Bürstenabzug einer amtlichen Bekanntmachung gesehen habe, nach welcher vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung über L.-Gohlis und U.-M.-e-g-e-n-d-a-s-t-a-n-d verhängt werde.

Nachdem ich die Fassung wiedergevoren, dankte ich dem jungen Manne für seine unter Umständen nicht ganz gefährliche Meldung und machte mich ohne Besinnen auf die Beine nach der Wohnung des Genossen Bebel. Diese lag auf der anderen Seite der Stadt, im Westviertel. Die Straßenverbindungen waren nicht entfernt so wie heute; ich hatte auch gar keine Zeit zum Überlegen: nur vorwärts!

Ich glaube, daß ich keine 15 Minuten Zeit gebraucht habe, um die mindestens ½-stündige Entfernung zurückzulegen; und ganz außer Atem erreichte ich das Haus in der Hauptstraße.

In den Fabrikräumen — Hizma Isleib u. Bebel — traf ich Bebel zwar nicht an; aber zu meiner Verhütung versicherte man mir, daß er in der im Bördegebäude gelegenen Wohnung zu finden sei. Ich stürzte die Treppen hinauf und stand in wenig Minuten dem Genossen gegenüber, der mir mit einiger Verwunderung über mein Erscheinen zu so ungewohnter Stunde und wohl auch über mein einigermaßen echauffiertes Aussehen einige Schritte entgegen kam.

Nie werde ich diese Stunde und die Wirkung meiner Worte auf Bebel vergessen. Seine Miene drückte eine unheimliche Entrüstung aus: „Wie? Es ist nicht möglich — noch vor wenigen Tagen hat man uns im Landtag versichert, daß man in Sachsen nicht an Belagerungszustand eintreten kann.“

Aber nur einen Moment dauerte diese begreifliche Stimmung an, dann sagte er in der ihm eigenen klaren und bestimmten Art: „Ja, da müssen wir ja gleich die nötigen Schritte thun, um das, was gethan werden kann, mit nötigster Schnelligkeit zu vollbringen.“ Und es wurde vollbracht!

Mit unserer gewohnten, die Gegner verbüffenden Gewissheit waren sämtliche Vertrauensmänner des Stadt- und Landkreises noch im Laufe des Spätnachmittags und Abends benachrichtigt, daß am folgenden Abend eine große Parteiversammlung zusammenzuberufen sei und zwar im Freien. Gewählt wurde dazu die Gegend am Napoleonstein hinter Thonberg.

Die königl. sächs. Leipziger Zeitung hatte niemals einen allzu großen Leserkreis, und als am anderen Morgen die amtliche Bekanntmachung der Mahnregel erschien, wußten viele Sozialdemokraten davon, als andere Leute. Der gute Bürger, soviel er es nicht zufällig abends in seiner Stammtaverne erfuhr, las erst am nächsten Tage in den

übrigen Lokalblättern, daß Leipzig in fürchterlicher Gefahr schwelte, vor welcher es nur durch die weise Staatskunst einer vorsichtigen und fürsorglichen Regierung bewahrt worden sei. Gleichzeitig aber erfuhr er auch von einer riesigen Versammlung der Noten, die am Abend vorher stattgefunden und welche die Polizei richtig entdeckt habe, just in dem Moment, als die Teilnehmer in nächtlich schwarzen Scharen nach verrückter Sache den Heimweg angestritten. Und wirklich kam uns eine große Anzahl uniformierter und vermutlich auch nicht-uniformierter Polizei entgegen. Die Genossen aber, so weit ihre Entrüstung über

Gegen achtzig Genossen waren es, die in der kurzen Frist von drei Tagen das Gebiet des Belagerungszustandes zu verlassen hatten; fast alle waren Familienträger, einzelne darunter auch der Schreiber dieses, mußten eine zahlreiche Familie verlassen. Da gab es wohl viele Thränen; aber das Vertrauen auf unsere gerechte Sache hatte damals keiner verloren, und die Bevölkerung von Leipzig, soweit sie nicht aus fanatischen Gegnern bestand, teilte die Entrüstung: noch niemals waren in so kurzer Zeit so viel Geldmittel gebraucht worden für die voraussichtlichen Opfer des Belagerungszustandes.

Die von der Ausweisung betroffenen Genossen beteiligten sich naturgemäß am eifrigsten am Sammelwerk. Überall fanden sie offene Hände und fühlende Herzen. Wo sonst Pfennige gegeben wurden, gab es jetzt Mark und Thaler. Ich kenne zwar heute nicht mehr genau die Höhe des in den wenigen Tagen zusammengegangenen Betrages; aber in den Jahren drückte sich die großartige Teilnahme fast aller Klassen der Bevölkerung aus. Das war der erste negative Erfolg der Polizeimahregel.

Aber noch etwas anderes wurde in jener nächtlichen Versammlung beschlossen, etwas, was einen Bruch bedeutete mit den bisherigen Anschauungen und Geprägtheiten, die in der Partei maßgebend waren. Hatte bisher die stolze Meinung vorgeherrscht, daß wir die Wunden der getroffenen Kampfesopfer auf eigene Kosten zu heilen hätten, so wurde jetzt jedem ausgewiesenen Familienträger aufgegeben, daß seine Angehörigen sofort um Gemeindeunterstützung einzukommen hätten. Die Verteidiger dieses Verlangens argumentierten,

man müsse den Gemeinden, namentlich den Vororten, die ohnehin über zu große Armenlasten lamentierten, die Sache möglichst unangenehm machen, und der Erfolg hat ihnen recht gegeben. Die Gemeinden mußten sich bequemen, die schuldigen Opfer des Gesetzes zu unterstützen, und von verschiedenen Seiten sind später Proteste gegen weitere Ausweisungen von Familienträgern an maßgebender Stelle eingereicht worden. Diese Unterstützungen sollen später von Gemeindeleuten zurückverlangt werden; ob sie auch ge-

zahlt wurden, darüber können vielleicht andere Genossen Aufschluß geben. Von einem Stötteritzer Genossen, der nach seiner Rückkehr in den Gemeinderat gewählt worden, hat man die seiner Familie gezahlten Beiträge auf dem Klageweg thattig zurück zu erlangen gesucht. Freilich ohne Erfolg, wie ich in Erfahrung gebracht habe. Nach einer glänzenden Verteidigung seitens des bekannten Anwalts Krause wurde die Gemeinde mit ihren Anforderungen an den Sackel des Genossen abgewiesen.

Noch bevor die Ausgewiesenen das „belagerte Gebiet“ verließen, sorgten sie mit den zurückbleibenden Genossen dafür, daß die lokalen Parteigeschäfte keinerlei Unterbrechung erfuhren, d. h. sie wählten ein Komitee, dessen erste Arbeit die Ausstellung von Legitimationen an die aus der Heimat Vertriebenen bildete. Diese Legitimation, die wohl noch mancher Genosse, wie ich selbst, als eine Reliquie aufbewahrt haben mag, bestand in einer kleinen Karte, einer Visitenkarte mit dem Namen Aug. Bebel, und trug auf der Rückseite folgenden Vermerk:

Inhaber dieses, Parteigenosse N. N., ist aus (Leipzig) ausgewiesen.

Leipzig, 8. Juli 81. J. A. Löwe.

Niemals außer den Eingeweihten wird den „Genossen Löwe“ je bekannt haben — der Name war singulär!

Den Genossen des Stadtgebiets war die Ausweisungs-Order etwas früher zugegangen, als denen der Vororte und des Landgebiets. Uns letzteren ward ein Befehl nach der Amtshauptmannschaft zugestellt, wo von jendem gelegentlich der Belang der Mahnregel noch ein Signalement abgenommen wurde. Auf die Frage nach besonderen Kennzeichen, die ein Beamter an mich rückte, antwortete ich natürlich mit der Gegenfrage: „Wo zu?“ und erhielt den verblüffenden Bescheid: „Weil ein Signalement von Ihnen aufgenommen wird“. Meine Entrüstung machte sich in den Worten Luft — „Wie vom Verbündeten!“ Ein finstres Stirnrunzeln war die einzige Antitur, die mich verstummen ließ. Auch schnürte mir der Ingrimi beinahe die Kehle zu. Nach Hause zurückgekehrt, schrieb ich sofort das Gesuch an den Gemeinderat um Unterstützung, das meine Frau mit ihrem Namen unterzeichnete; und ich kann versichern, daß es mehr einer Forderung denn einer Bitte ähnlich war.

Auf dem Wege nach dem Bahnhof, drei Tage später, habe ich das Schriftstück persönlich im Gemeindebüro übergeben, um meiner Frau diesen immerhin unangenehmen Weg zu ersparen.

Die Abschiedsszenen auf den verschiedenen Bahnhöfen brauchte ich wohl nicht zu schildern; die kann sich der Leser und die Leserin, namentlich wenn die letztere Gattin oder Braut ist, selbst vergegenwärtigen. Mit etwa einem Dutzend Genossen führte mich der Zug zunächst nach Halle, wo einige Tage Rast die nötige Ruhe und Überlegung zurückbrachten.

Neben meine weiteren Erlebnisse und Erfahrungen vielleicht ein anderes Mal mehr.

2. Beilage zu Nr. 88 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 18. April 1902.

Reichstag.

167. Sitzung. Donnerstag den 17. April 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Posadowsky.

Nach Erledigung einiger Rechnungsfächen wird die zweite Beratung der Seemannsordnung fortgesetzt bei den von der Kommission neu eingefügten §§ 78a und 78b, welche vom Koalitionsrecht der Seeleute handeln.

Ein Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.) will § 78a, der bestimmt, daß für Kapitäne, Schiffsoffiziere und Mannschaften, sofern sie nicht an Bord sind, die §§ 152, 158 der Gewerbeordnung Anwendung finden, wie folgt fassen:

"Kapitäne, Schiffsoffiziere und Schiffsmannschaften, sofern sie nicht an Bord sind, haben das Recht zur Wahrung und Förderung von Berufs- und Standesinteressen, namentlich zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, Vereinigungen zu bilden und Vereinbarungen zu treffen. Diese Vereinigungen haben besonders das Recht, öffentliche und Versammlungen zu veranstalten zur Förderung und Verhinderung über alle den Beruf und den Stand der Mitglieder betreffende Angelegenheiten mit Einschluß der Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung."

§ 78b, den die Kommission ebenfalls neu eingefügt hat, bestimmt: "Solange das Schiff innerhalb des Reichsgebietes im Hafen oder auf der Rhede liegt, darf dem Schiffsmann die Erlaubnis zum Verlassen des Schiffes nicht aus dem Grunde verweigert werden, weil sie zur Teilnahme an Versammlungen re. benötigt werden soll, welche die Erlangung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen bezeichnen".

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will durch Streckung der Worte "innerhalb des Reichsgebietes" diese Bestimmung auch auf ausländische Häfen ausdehnen.

Abg. Kirsch (Centr.): Die Einführung dieser beiden neuen Paragraphen, die den Seeleuten das Koalitionsrecht gewähren, ist wesentlich der Anregung mehrerer politischen Freunde zu verdanken. Eine Regierung der Regierung, das Koalitionsrecht noch mehr zu erweitern, scheint nicht vorhanden zu sein. Deshalb empfiehlt ich aus praktischen Gründen, um die Vorlage nicht zu gefährden, die Anträge der Sozialdemokraten abzulehnen.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Die Kommissionsfassung, die ein Werk des Centrums ist, ist nur auf Täuschung berechnet; denn in § 152 der Gewerbeordnung werden nur Strafbestimmungen aufgehoben, die das Koalitionsrecht der gewerbl. Arbeiter einschränken. Solche Strafbestimmungen bleibt es aber für die Seeleute nicht. Durch die §§ 78b und 82 wird den Schiffselementen die Möglichkeit genommen, zur Ausübung des Koalitionsrechts aus Land zu gehen, § 78b gestattet dem Kapitän, die Erlaubnis zu verweigern, wenn triftige Gründe vorliegen; solche wird der Kapitän aber immer finden. Auch den § 158, den lieber selbst als Ausnahmefall bezeichnet hat, das Centrum in dieses Gesetz aufgenommen. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir der ganzen Vorlage noch zustimmen, wenn diese Paragraphen bleiblen. Die Seeleute haben heute kein Koalitionsrecht.

Die Seeleute in Meklenburg für die Bollvorlage große Versammlungen abhält, verbietet die mecklenburgische Regierung den Seeleuten, Versammlungen abzuhalten. Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag anzunehmen. (Wettkampf bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Stockmann (Reichsp.): Da wir im Gegensatz zu den Herren von der Linken die Annahme dieser Vorlage wünschen, werden wir gegen die §§ 78a und b stimmen. Durch ihre Annahme würde nur der soziale Friede gestört. Herr Herzfeld selbst hat diese Paragraphen "dekorative" genannt; ich hoffe, die Sozialdemokraten werden mit uns gegen die Paragraphen stimmen.

Die Abg. Dr. Lenzmann und Bargmann beantragen, nur § 152, nicht aber § 158 der Gewerbeordnung in § 78a zu übernehmen und wollen die Bestimmungen des Antrages Albrecht auf das Reichsgebiet beschränken.

Abg. Bargmann (freil. Wp.) bittet um Annahme seiner Anträge.

Abg. Nettich (cons.): Das Koalitionsrecht paßt nur für Arbeiter mit kurzer Ablösungsfrist; die Seeleute aber schließen Verträge auf Monate und Jahre ab. Die Annahme dieses Paragraphen würde die Disciplin untergraben.

Abg. Lenzmann (freil. Wp.): Wir wollen nicht dem Vertragsbruch das Wort reden, aber auch innerhalb der Vertragsstreu läßt sich durch Drohung mit Arbeitslosigkeit eine Erhöhung des Lohnes erreichen. Daher ist § 78a von großer Bedeutung. Aber mit der notwendigen Disciplin vereinigt es sich nicht, wenn den Seeleuten auch im Ausland Koalitionsrecht gegeben wird. Zur Begründung unseres Antrages auf Streichung des § 158 aus § 78a hätte ich nur unsere seiner Zeit gegen die Buchhausvorlage angeführten Gründe zu wiederholen. (Wettkampf links.)

Abg. Kirsch (Centr.): Die Herren Sozialdemokraten sollten sich sehr überlegen, ob sie nicht, anstatt das Koalitionsrecht gemeinsam mit den Rechten zu befähigen, wenigstens die Verbesserung des bestehenden Zustandes annehmen sollten, die die Kommission bringt. § 152 spricht nicht nur von der Aufhebung von Strafbestimmungen, sondern auch von polizeilichen Verboten, und solche bestehen auch für Seeleute.

Abg. Raab (Ant.): Bei den schlechten Besoldungsverhältnissen unserer Seeleute steht die Notwendigkeit des Koalitionsrechtes für mich außer Frage. Sie brauchen es zu ihrer Selbsthilfe. Ich werbe für die Anträge der Linken stimmen.

Damit schlägt die Diskussion. In der Abstimmung werden nach Annahme des Antrags Lenzmann auf Streichung des § 158 aus § 78a, die §§ 78a und 78b in der Kommissionsfassung abgelehnt.

§ 79 handelt von der Übertragbarkeit der Disciplinargewalt des Kapitäns auf den ersten Offizier des Deck- und Maschinenteams. Ein Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.) will diese Übertragbarkeit ausschließen und hinzufügen, daß, wenn der Kapitän stirbt, den Dienst verläßt oder sonst außer Stande ist, das Schiff zu führen, die Ausübung der Disciplinargewalt auf den Steuermann ev. auf den Besatzung übergehen soll.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.), bei der Unruhe im einzelnen unverständlich begründet diesen Antrag.

Abg. Gabenböh (Centr.) spricht sich für die Übertragung der Disciplinargewalt aus.

Abg. Meißner (Soz.): Der Missbrauch der Disciplinargewalt dokumentiert sich in zahlreichen Selbstmorden und Desertionen. Diese würden durch die Übertragbarkeit nur noch vermehrt. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bargmann (freil. Wp.) spricht für den Antrag Albrecht.

§ 80 wird unter Ablehnung des Antrags Albrecht angenommen.

Die Bestimmung des § 80, daß der Schiffsmann den dienstlichen Befehlen seines Vorgesetzten unverweigerlich Folge zu leisten hat, will ein Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen nur "innerhalb des Dienstzwecks, für den er angemustert ist", gelten lassen. Nur in Seenot soll die Pflicht zur Folgeleistung unbeschränkt gelten.

Abg. Meißner (Soz.): Oft bekommen die Leute von verschiedenen Vorgesetzten verschiedene Befehle. Besteht nun ein Zwist zwischen den Vorgesetzten, so kommt der Seemann in die Gefahr, vom Steuermannsamt wegen Gehorsamsverweigerung verurteilt zu werden. Dem soll unter Antrag abhelfen.

§ 80 wird, nach Ablehnung des Antrags Albrecht in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso die §§ 81–84. § 85 gibt dem Kapitän das Recht, wenn das Schiff im Hafen liegt und eine Entweichung der Seeleute zu befürchten ist, die Sachen der Schiffsmänner bis zur Abreise in Verwahrung zu nehmen. Die Abg. Albrecht und Genossen beantragen Streichung dieses Paragraphen.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Der Paragraph in der Kommissionsfassung verleiht schwer die Seeleute und ist auch praktisch zwecklos, weil der Soldat, der befürchtet will, seine Sachen bequem auf dem Leibe tragen kann.

§ 86 wird entgegen dem Antrag Albrecht in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 88 bestimmt in den beiden ersten Abschüssen für den Schiffsmann, der sich verborgen hält, um sich dem Dienstantritt zu entziehen, Geldstrafe bis 60 Mk., und für den, der entläuft, um sich der Fortsetzung des Dienstes zu entziehen, Geldstrafen bis 300 Mk. oder Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten.

Die Abg. Albrecht (Soz.) und Gen. beantragen, diese beiden Abschüsse zu streichen und für den Fall der Abreise in Verwahrung zu streichen nur für das Entweichen ins Ausland eine Strafe einzutreten zu lassen; außerdem das Wort "entläuft" durch "entweicht" zu ersetzen.

Abg. Herzfeld (Soz.): Es ist unangebracht, einen Vertragsbruch, der doch nicht durch das Verhalten des Kapitäns oder Abnehmers entsteht, so schwer zu strafen. Der Schiffsmann haftet doch mit seiner Heuer für den durch Vertragsbruch entstandenen Schaden.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt; nur statt "entläuft" wird "entweicht" gesetzt. Der so veränderte Kommissionsantrag wird angenommen; ebenso die §§ 89 und 90.

§ 91 sieht eine Geldstrafe im Betrage bis zu einer Monatsheuer für den Schiffsmann wegen großlicher Verleugnung seiner Dienstpflicht fest. Die Abg. Albrecht u. Gen. beantragen, diesen Paragraphen zu streichen. Dieser Antrag wird, nachdem ihn Abg. Meißner (Soz.) begründet und die Abg. Lenzmann (freil. Wp.) und Kirsch (Centr.) sich dagegen ausgesprochen hatten, abgelehnt und § 91 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 92 bestimmt, daß der Kapitän jede größliche Verleugnung in das Schiffstagebuch einzutragen hat. Auf Verlangen soll dem Schiffsmann eine Abschrift der Eintragung ausgehändigt werden. Ein sozialdemokratischer Antrag, der "auf Verlangen" streichen will, wird abgelehnt und § 92 unverändert angenommen.

§ 98 (neu) bestimmt, daß Beschwerden der Seeleute vom Kapitän ins Schiffstagebuch einzutragen sind.

Die Abg. Albrecht (Soz.) u. Gen. beantragen als Absatz 2 einzufügen, daß Beschwerden gegen den Kapitän vom Steuermann oder Besatzung eingetragen werden sollen; und in Absatz 3 den Schiffsmännern das Recht zu geben, einen Obmann zu wählen, die Beschwerden durch diesen vorbringen und die Abschrift der Eintragung durch diesen in Empfang nehmen zu lassen.

Abg. Meißner (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Man kann nicht verlangen, daß der Kapitän sein eigener Ankläger ist. Sehr wichtig ist, daß ein Obmann gewählt wird, der die Beschwerden prüft.

Unterstaatssekretär Rothke und Abg. Lenzmann (freil. Wp.) befähigen den ersten Zusatz des Antrags Albrecht, der die Autorität des Kapitäns schädigt.

§ 93 wird hierauf unter Ablehnung der Anträge Albrecht unverändert angenommen.

Zu § 94, der bestimmt, daß ein Schiffsmann mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. bestraft werden soll, wenn er den Befehlen seines Vorgesetzten nicht gehorcht, beantragen die Sozialdemokraten hinzuzufügen: falls dadurch Schiff, Ladung, Leben oder Gesundheit eines Menschen in Gefahr gesetzt werden.

Dieser Antrag wird, nachdem ihn Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.) begründet und die Abg. Kirsch (Centr.) und Lenzmann (freil. Wp.) ihm befähigt haben, abgelehnt. § 94 wird unverändert angenommen.

§ 95 bestimmt: Wenn zwei oder mehrere zur Schiffsmannschaft gehörige Personen dem Kapitän oder einem anderen Vorgesetzten den schändlichen Gehorsam gemeinsam auf Verabredung verweigern, tritt Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre ein. Der Räderführer wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Viel müderhand kann auf Gefangen bis zu 600 Mk. und gegen den Räderführer auf Gefangen bis zu drei Jahren erkannt werden.

Die Abg. Albrecht (Soz.) u. Gen. beantragen, in Absatz 1 nach "Personen" zu setzen: "auf wiederholten Befehl" und: "oder einen anderen Vorgesetzten" zu streichen; ferner nach "dritt" zu setzen: "falls dadurch Schiff, Ladung, Leben und Gesundheit eines Menschen in Gefahr gesetzt werden". Die Sonderstrafen des Räderführers sollen gestrichen werden.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Dieser Paragraph bedeutet ein Ausnahmegesetz gegen die Seeleute. Nirgends im freien Arbeitsvertrag steht es Strafen gegen Gehorsamsverweigerung. Hier wird ein Grundsatze des Herkerns und der Marine auch in die Handelsmarine übertragen. Solche Strafen sind völlig unangebracht.

Nachdem Abg. Kirsch (Centr.) sich gegen den sozialdemokratischen Antrag ausgesprochen hat, werden diese abgelehnt und § 95 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die §§ 96 bis 99.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung am Freitag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht außerdem noch das Servicelassengesetz und der Gesetzentwurf betr. die Beseitigung des steigenden Gerichtsstandes. Schluss 5½ Uhr.

44. Sitzung der Bolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 17. April 1902.

Wie der Mittelstand in städtischen und ländlichen Orten von dem Bollwucher mißbraucht wird, das legten die sozialdemokratischen Abgeordneten Haase und Bebel bei den Positionen 108, 109 und 110, Federvieh, geschlachtet, Haarwild, Federvieh, dar. Nicht nur, daß dem Mittelstand der Konsum an Federvieh verteuert wird, vielmehr soll, wie Bebel besonders hervorhob, gerade das Haarwild, das jetzt schon infolge des Jagdschutzgesetzes die Saaten der Klein- und Mittelbauern verwüstet, durch den Bollschuß noch übermäßig geziichtet werden zum Nachteil der Bauern. Nach einstündiger Debatte wurde die Regierungsvorlage angenommen, der sozialdemokratische Antrag auf Bollfreiheit abgelehnt.

Keine Bollnahmung ist vor dem Bollwucher der Agrararbeiter, auch die Fische nicht. Es liegen zu Position 113, Fische, mehrere Anträge (siehe unten) vor, und die Debatte darüber ist eine ausgiebige. Heranzuhaben ist, daß Abgeordneter Haase den Centrumsabgeordneten vorwarf, sie wollten durch ihre Anträge speziell den katholischen Arbeitern die Fischnahrung — zu der besonders in Fastenzeiten geprägt wird — verteuern. Fischzucht und Bollnahmung würden gleich schwer beschädigt.

v. Wangenheim zieht seinen Antrag zurück; Heim zieht den auf Wachs bezüglichen Teil seines Antrags ebenfalls zurück. Daraufhin wird die Regierungsvorlage angenommen.

Bewegung rief es in der Kommission hervor, als nach einer kurzen, aber eindringlichen Rede Haases beschlossen wird, Heringe (Position 114) zollfrei zu lassen, wie es die Sozialdemokraten gegenüber der Regierungsvorlage beantragten. Position 115 wird dagegen nach der Regierungsvorlage angenommen.

Zur Position 116, Kaviar, geistet Stadttagen die politische Geschichte der Nationalliberalen, die durch den höheren Kaviarzoll das Gewissen der reichen Leute beschwichtigen wollten, nachdem sie den Armen durch höhere Getreidezölle das Brot verteuert hätten.

Der nationalliberale Antrag wird angenommen.

Zur Geschäftsbordnung bemerkte der Staatssekretär Graf Posadowsky, daß die vorhin beschlossene Bollfreiheit für Heringe

Während der Messe +

fortdauernd bis Pfingsten wird ohne Rücksichtnahme, soweit Vorräte, abgegeben:



Ein Posten Herren-Ueberzieher
Ein Posten Herren-Anzüge .
Knaben- und Burschen-Anzüge
Knaben- und Herren-Hosen

fr. b. u. 10½	— 15 — 17 — 25 — 34 — 42 — 51 Mt.
jetzt	7½ — 10 — 11½ — 18 — 23 — 28 — 33 Mt.
fr. b. u. 10 — 18½	— 22 — 28 — 33 — 40 — 48 Mt.
jetzt	7 — 9 — 14½ — 16½ — 22 — 29 — 32½ Mt.
fr. b. u. 3½ — 4½	— 7 — 12 — 15 — 18 — 24 Mt.
jetzt	2½ — 3 — 4½ — 6 — 7½ — 10 — 12½ — 18 Mt.
fr. b. u. 1½ — 2½ — 4½	— 6 — 8 — 11 — 15 — 18 Mt.
jetzt	0,50 — 1½ — 2½ — 3 — 4 — 6 — 8 — 10 Mt.



Unglaublich — aber wahr

ist es, daß noch niemals eine so günstige Gelegenheit dem Publikum geboten wurde. Es findet der Kavalier, der gewöhnt, sonst nach Maß sich fertigen zu lassen, wie der Arbeiter in jeder Größe wie Weite, selbst der belebteste Herr, nach seinem Geschmack eine große Auswahl im

Riesen-Kleider-Konsum

Reichsstraße 12, nur erste Etage.

[3050]

Sonntag den 20. April sowie den nächsten Sonntag von 11 Uhr an geöffnet.

Partei-Genossen von L.-West.

Sonntag den 20. April findet eine allgemeine Agitation für die Leipziger Volkszeitung statt. Erhöhe die Genossen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen und pünktlich zu erscheinen. Die Genossen treffen sich früh 7 Uhr in folgenden Lokalen, die Genossen von

Plagwitz . . . bei Richter, Restaurant Kamerun
Lindenau . . . im Restaurant Vater Jahn
Kleinzeichner . . . im Restaurant Bürgergarten
Grosszeichner . . . im Gasthof zur Mühle
Lentzsch . . . im Rödigers Restaurant
Böhme-Ehrenberg . . . in Ariegeherds Restaurant.

Der Vertrauensmann.

Bund der Arbeiter-Vereine.

Sonntag den 20. April nachm. 4 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Saale des Coburger Hofs, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Mitteilungen über den Bund. 2. Vortrag des Genossen G. Hennig über: Bibliotheken und Volksbildung. 3. Diskussion und Beschiedenes.

Kataloge und verschiedene Material aus anderen Bibliotheken ist ausgestellt.

Der Vorstand.

Arbeiterverein Leipzig.

Vereinslokal: Große Fleischergasse

(Stadt Gotha).

Gebühren und Diskussion fällt aus. Sonntag den 20. April nachm. 1/2 Uhr im Alten Theater. 2. Aufführung von Maria Magdalena. Trauerspiel von Friedr. Hebbel.

Die 8. Aufführung findet Sonntag den 27. April statt. Karten werden am Sonnabend den 19. April verkaufbar. Es sind noch welche zu haben.

Der Vorstand.

Arb.-Verein Thonberg-Neurendnitz.

Sonnabend den 19. April abends 9 Uhr

Versammlung

im Gasthof Neurendnitz.

Z. O.: 1. Vorlesung und Diskussion.

2. Vereins-Angelegenheiten.

Das Sommerfestkomitee hat Montag den 21. April abends 9 Uhr Schützen im Deutschen Haus, Städterstr. 3649]

Der Vorstand.

Arbeiterverein Probstheida.

Sonntag den 20. April

familien-Abend

im kleinen Saale des Gasthauses.

Ausgang 5 Uhr. Der Vorstand.

Arbeiterverein Hänichen und Umgegend.

Sonnabend den 19. April abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

Z. O.: 1. Vortrag: Aus der deutschen Geschichte. Referent: Genosse Kloth.

2. Diskussion hierzu.

Zahlreiches Erscheinen sieht entgegen.

Der Vorstand.

Arb.-Verein Wahren.

Sonnabend den 19. April abends 9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Vereinslokal Wirkenschloßchen.

Z. O.: Politische Rundschau.

Referent: Gen. Willrode.

Zahlreicher Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Arbeiterverein Stünz.

Sonnabend den 19. April abends 1/2 Uhr

Versammlung im Gasthaus Stünz.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die Bedeutung der freien Volksbildung

in sozialer Beziehung. Referent: H. Duncker. 2. Fortsetzung der Dis-

kusson von vorheriger Versammlung. 3. Vereins-Angelegenheiten.

Gäste willkommen. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Cementarbeiter.

Sonnabend den 19. April abends 8 Uhr

Öffentliche Versammlung

in Stadt Gotha, Große Fleischergasse.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Es ist Pflicht

eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

D. E.

Brauer und Berufsgenossen!

Sonntag den 20. April

Öffentliche Versammlung im Restaurant Gandlitz

nachm. 8 1/2 Uhr

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal, Bericht der Revisoren

hierzu, Neuwahl des Vertrauensmannes. 2. Bericht der Agitations-Kommission

und Neuwahl derselben. 3. Bericht vom Kartell und Neuwahl eines Delegierten.

4. Wahl von drei Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 5. Gewerkschafts-

Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung lädt einen zahlreichen Besuch

erwartet.

D. E.

Pappdecker und Asphaltore.

Sonntag den 20. April vormittags 1/2, 11 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation. 2. Wahl eines

Kartelldelegierten. 3. Gewerkschaftliches.

D. V.

Stuckateure (Filiale Leipzig).

Sonnabend den 19. April abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Restaurant Gandlitz, Seeburgstraße 84.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung von der

Gastronomie. 3. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 4. Berufsgangelegenheiten.

— Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erachtet.

D. V.

Dienstag den 22. April abends 9 Uhr

Öffentl. Volksversammlung

im Saale der Goldenen Krone, Connewitz.

Tagesordnung: 1. Die Denkschrift der sächsischen Regierung betreffend die Umsatzsteuer und der Nutzen der Genossenschaften für die arbeitende Bevölkerung. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Peus, Dessau. 2. Diskussion.

8661]

Der Einberufer.

Bauschlosser.

Sonnabend den 19. April abends 1/2, 9 Uhr

Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode. Referent: Genosse Pinkau. 2. Gewerkschaftliches. 3. Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress. [8664] Wegen der Wahl sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Textilarbeiter.

Sonntag den 20. April d. J.

Besichtigung des Zoologischen Museums.

Die Kollegen und Kolleginnen sammeln sich bei H. Richter, Restaurant Kamerun, Plagwitz, Ronnenstr. 52. Abmarschpunkt 1/2 Uhr. [8665]

Feilenarbeiter.

Sonnabend den 19. April Versammlung im Coburger Hof.

Vortrag vom Kollegen Fromm über Gewerkschaftskämpfe. [8673]

Die Krankenunterstützungs- u. Begräbniskasse zu L.-Gohlis

Eingetr. Genossenschaft — Gegründet 1880 hat ihre Jubiläumsfeier im Restaurant Mönchshof zu Gohlis und zwar Sonnabend nach dem 1. und nach dem 15. jeden Monats, woselbst neue Mitglieder aller Gewerbe aufgenommen werden. [8645] Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler u. and. gewerbl. Arbeiter (Sitz Hamburg) — Zählstelle Leipzig I.

Mitgliederversammlung Sonnabend den 19. April abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Stadt Hannover, Seeburgstr. 25/27.

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht vom 1. Quartal 1902. 2. Kassenangaben. — Zahlreiches Erscheinen erwartet [8662] D. D.

Invalidenkasse für Buchbinder, verw. Berufsgenossen und deren Hilfsarbeiter zu Leipzig.

Die diesjährige

Ordentliche Generalversammlung

findet Montag, 21. April abends 8 Uhr im Restaurant Johannisthal, Hospitalstraße, statt.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbereich. 2. Genehmigung des Rechenschaftsberichts. 3. Wahl: a) des Ausschusses; b) Ergänzungswahl des Ausschusses, sowie dessen Erstgliedern. 4. Statutenänderung. 5. Anträge der Mitglieder. [8644] Der Ausschuss: Ernst Froisch, z. g. Vorsitzender.

Wissenschaftlicher, nicht religiöser Vortrag über die Gottesfrage

Freitag den 18. April abends 8 Uhr im Bonorandischen Saale (Rosenthal).

Inhalt des Vortrages: Gegen Häckel als Atheisten. Haberfeld. Ein neuer evolenter, b. h. nicht auf blohen Analogieschlüssen beruhender wissenschaftlicher Beweis, daß Christus ein höheres Wesen war und daß es einen persönlichen Gott und eine Unsterblichkeit der Seele gibt.

Eintritt 1 Mt., für Studenten die Hälfte, für weniger Beamittelte 30 Pf. Am 28. April abends 8 Uhr: Vortrag noch einmal. Bittet im Vorverkauf in den Cigarren-Handlungen von Blattau, Goethestraße, Möbius, Westplatz, und an der Kasse. — Um zahlreichen Besuch bittet

R. H. Hertsch, Schriftsteller und Inhaber. [8573]

Allgem. Arb.-Radf.-Verein Leipzig.

Sonntag den 20. April: Nach Merseburg. Abfahrt früh 7 Uhr vom Blücherplatz.

Monatsgarderobe.

Neue u. wenig getragene Anzüge, Frühjahr- u. Sommer-Paletois, Hosen u. Gesellschafts-Anzüge in verschiedenen Sorten und Preislagen, sowie auch Schlüpfe bei reichster Bedienung. [8271]

H. Kindermann

1. Geschäft: Kleine Fleischergasse 16, I.

Laufdecken Mk. 6.50 Luftschläuche Mk. 3.75 mit Garantie [2577]

Sommerlatte, Pfaffendorfer Str. 13.

Prima Laufdecken 6.50 Mt., Prima Luftsäcke 5 Mt. Reparaturen an Fahrrädern: Ichpell u. bill. Schneider & Seidel, Kurprinzstr. 16.



Photographische Apparate lief. in Teilzahlungen Arthur Gasch Burgstraße 25. (neben dem Thüringer Hof.)

Reichs-Ecke Stadtbekannte Küche! Rizzi-Bräu (hell und dunkel)
 Reichstrasse 45/47, Ecke Brühl. Alt-Pilsenetzter. Paul Danneberg.
 Täglich Specialgerichte. [9850]

Telephon 5382.

[9850]

12877

Coburger Hof.

Teleph. I, 433. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 438. Alle gebräten Vereinen und Gewerbstaten empfehlen meine Lokalitäten zur geselligen Benutzung. Keine Alkohol-Abgabe. Billard. Empfiehlt meine guten preiswerten Mittagstisch insl. über 50 Pfg. Stamm zu jeder Tagesszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise. 50 gute Betten zu soliden Preisen. Hochachtend Kannegesser.

Bürgergarten Brüderstr. No. II (Inh.: Max Trents) Gesellschaftssaal empfiehlt vorzüglich. Mittagstisch, warme und kalte Speisen, f. Lagers- und Bäuerlich Bier, Döllnicher Gose etc. Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapetzerer.

Wo ist die Kulmbacher Bierstube Zur Altensteiner Höhle? Brühl 11, im goldenen Hufeisen, im Hofe.

Restaurant Körnerschlösschen Körnerstrasse 36. Empfiehlt f. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen. [1814] Achtungsvoll Alfred Dietze.

Restaurant Vater Jahn Plagwitz Mühlenstr. 9. Empfiehlt meinen kräftigen Mittagstisch, sowie alle Sonnabend f. Schweinsknochen. [1445] Achtungsvoll Siegel Paul.

Restaurant National, Plagwitz, Straße 71 empfiehlt seine Lokalitäten. Lagerbier, f. Naumannisches, Bäuerlich (Gebr. Fleischmann, Kulmbach). Spezialität: Spanische Weine in Flaschen u. Gläsern vom Fab. Kräftigen Bürgerl. Mittagstisch. Hochachtungsvoll Karl Müller.

Kamerun. Restaurant Leipzig - Plagwitz Ronnenstraße 52. Freundl. Lokalitäten. Speisen u. Getränke hochsel. Sonnabends Schweinsknochen, Sonntags Speckfleisch. Hochachtungsvoll H. Richter.

Saxonia, L.-Plagwitz Zehnhoferstraße u. Schmedestraße. Freundschaftliches Lokal, Speisen und Getränke: kräftiger Mittagstisch: } Wie sonst, wie sonst, wie sonst! 3627] ... (nach Wahl) ... Es lädt freundlich ein Georg Schröder. Jeden Freitag: Zitherkonzert, ausgeführt v. einem Naturspieler (Bigeuner). Sonnabend: Humoristische Abend-Unterhaltung.

Restaurant Drei Linden, Kleinzschocher Plagwitzer Strasse Nr. 58. Sonntag den 27. April Gesellschaftliches Brämtienauslegeln 3561] Achtungsvoll Max Lässig.

Markranstädter Konzert- und Ballsaal Stadt Leipzig. Empfiehlt allen gebräten Freunden und Bekannten, sowie der ländl. Einwohnerschaft von hier und Umg. meine freundl. Lokalitäten zur gesell. Benutzung. Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. öffentliche Ballmusik. Hochachtungsvoll H. Kledel.

Zur Amsel, Leipzig-Gohlis Mädlerische Str. 2, Breitensfelder Str. Inh.: Hermann Schlegel. Empfiehlt meine freundlichen Lokalitäten. Mittagstisch, f. Bäuerliche Lagerbier, Döllnicher Gose, Weißbier. Jeden Sonnabend Schweinsknochen, Sonntags Speckfleisch. 2449]

Restaurant zur Burg, Schönefeld Südstrasse 1. Empfiehlt meine freundlichen und geräumigen Lokalitäten zur geselligen Benutzung. Gesellschaftszimmer, 50 Personen fassend. f. Thüringische Gose und Lagerbier. Jeden Sonnabend Schweinsknochen. Es lädt freundlich ein [8753] Karl Wolf.

Gustav Hampel Schirmfabrik — Hainstrasse 31 empfiehlt sein großes Lager in

Sonnen- und Regen-Schirme von den einfachsten bis zu den elegantesten Neuenheiten in jedem günstigsten Preis. 3467]

Sonnen-Schirme in den neuesten Farben von M. 2.50 an. **Regen-Schirme** von M. 1.50 an. Reparaturen schnell und billig.

Telephone 6803.

Gelegenheits-Käufe. Herren-, Damen- und Kinderschuhe kaufen Sie zu stämmend billigen Preisen bei Tobias Schmul, Nikolaistr. 35. Bitte genau auf meine Firma zu achten. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

12877

Wegen anderweitiger Vermietung des Lokales
 muss das gesamte Lager bestehend in

Schuhwaren, Herren- u. Knaben-Konfektion

Wäsche, Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke allerschnellstens vollständig geräumt sein. Deshalb findet ein

Total-Ausverkauf

bei bedeutender Preisherabsetzung statt.

Die festen Auflaufspreise sind an den Waren deutlich verzeichnet. [3562] **Nr. 7** Nürnberger Straße. **J. Joske** Nürnberger Straße **Nr. 7.**

Ratskeller, Anautfleiberg. früher Grimmaischer Steinweg 17
 3627] Jeden Sonnabend **Schweinsknochen.** jetzt Johannisplatz 22/23

empfiehlt Mastochsenfleisch, nur erste Qualität, sowie Braten aller Art in altschlachtem Zustande. Jeden Dienstag und Freitag frische handgeschlachte Blutz und Leberwurst. Täglich f. Aufschlitt. 1099 Mind- und Hammelfleisch verkaufe ich das Pfund von 50 Pfg. an.

Fahrradklarner Beste landwirtschaftliche Blumen- u. Gemüse-Samen empfiehlt

Leipzig, Elisenstr. 12. August Held Inhaber: Malvine Held

2224a] **Specialgeschäft am Platze.** Samenhandlung, Leipzig, Neumarkt 12.

Abteilung I: **Auf Credit!!** erhält Jedermann

Fabrik für Fahrradteile. Herren-Anzüge

In unseren Reparatur-Werkstätten mit Dampfbetrieb führen wir Reparaturen aller Systeme schnellstens und billigst aus.

Fertige Akten, Conen, Lagerhalter, Muttern etc. in groß. Auswahl vorrätig. Eigene Veredelungs-Anstalt für Verarbeitung aller Fahrradteile und Wirtschaftsgegenstände.

Abteilung II: **Fahrräder aller Art** erhält Jedermann

Nähmaschinen Herren-Anzüge

Motorwagen. in allen Farben und Neuenheiten, fertig und nach Maß, in bester Ausführung und tabellosem Sig.

Dürrkopps Diana Damen-Anzüge, Krägen, Umbänge, Mäntel.

Dürrkopps Kettenlos schwarze Cachemires Gardinen, Bettzunge.

Panther-Premier Kleiderstoffe, schwarz Westfalen-Columbia

Westfalen-Columbia Cito-Transporträder.

Preise stämmend billig. Preisliste stämmend billig.

Infolge waggonwelsen Bezugs günstigster Gutsaft, daher reelle Bedienung bei bescheidenem Nutzen.

Die Wiederverkäufer sind innerhalb der Kreishauptmannschaft Leipzig noch einige Plätze zu vergeben.

Illustrirter Prachtatalog gratis an Jedermann. 18282

Möbel und Betten bei wöchentlicher **Abzahlung** von 1 Mark an.

L. COHN Waaren-Credit-Haus „Am Westplatz“.

Eingang: Kolonnadenstr. 34, I. Die Auswahl ist umfangreich! Die Preise sind erstaunlich billig! Die Qualitäten sind die besten! Die Zahlungsbedingungen sind so günstig wie möglich!

10 Prozent Rabatt

Million-Uhren, Stahl 0.50 Silb. Herren-Remont.-Uhren 10. Silb. Damen-Remont.-Uhren 12. Gold. Damen-Remont.-Uhren 19. Regulat., 1/2 u. voll schlag. 15. Moderne Wanduhren 20. Wecker, gute Qualität 3. sowie ein großes Goldwarenlager als Broschen, Ringe, Armänder, Ohrringe u. f. s. Spezialität: Goldene Trauringe von M. 4.— an Uhrketten in größter Auswahl Lange Damenuhrenketten v. M. 4.50 an empfiehlt [456]

Gustav Kaniss Uhren- und Goldwaren-Handlung 6 Tauchaer Straße 6.

10 Prozent Rabatt

<p